

Der Sozialismus marschiert!

Riesiger Wahlsieg der norwegischen Arbeiterpartei

Oslo, 18. Oktober. Die Wahlen zum Storting ergeben das folgende Bild:

Arbeiterpartei	69 Sitze	(Gewinn 22)
Konservative	31	(Verlust 10)
Liberal	24	(" 9)
Bauernbund	22	(" 3)
Lib. Volkspartei	1 Sitz	(" 2)
Radikale Volkspartei	1	(wie vorher)

Die unabhängigen Gruppen haben zwei Sitze erhalten (Gewinn 2). Es sind noch geringfügige Änderungen möglich, da einige Ergebnisse noch nicht feststehen.

Durch die Wahlen ist die Frage akut geworden, wie die künftige Regierung Norwegens aussehen wird. Als Ende jeder dieses Jahres die konservativ-bauernbündlerische Regierung Hundseid durch das liberale Kabinett Nowindal ersetzt wurde, betonte man auf liberaler Seite, daß man unter keinen Umständen in irgend einer Form mit der Arbeiterpartei zusammengehen wolle. Die ziemlich scharfen Bestimmungen des Gesetzes gegen die Sabotage des Arbeitsfriedens, das im Juni erlassen wurde, sollten diesen Willen bekräftigen. Ob es angesichts der neugeschaffenen Lage möglich ist, diese Politik fortzuführen, darf bezweifelt werden.

Dieser Sieg der norwegischen Arbeiterpartei ist, wie der kürzliche Sieg der Züricher Sozialisten, ein Schlag ins Gesicht aller Antimarkisten, die da glaubten, der Ausbruch des Dritten Reiches habe die Kraft der sozialistischen Bewegung in aller Welt gebrochen. Die norwegische Arbeiterpartei, die der Sozialistischen Arbeiterinternationale nicht angehört — nach der Vereinigung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei unterbrach die neue Partei die Verbindung zu beiden Internationalen —, ist eine eindeutig marxistische Partei, die klare Kampfparolen ausgegeben hat und die Waffen der norwegischen Arbeiter um das Banner der sozialistischen Revolution führt. Sie hat bewiesen, daß die kapitalistischen Parteien nur im Angriff zu schlagen sind und daß die Angriffsfront der Arbeitermassen unwiderstehlich ist, wenn sie einig sind.

Die Wirtschaftskrise wütet in Norwegen nicht minder als in den anderen skandinavischen Ländern. Norwegen ist bei weitem nicht so indu-

striert, u. zw. im Sinne der Militärdiktatur.

In dem Ringen zwischen Hitler und Goering, in der Angst vor den gärenden Massen in den SA und in der Arbeitsfront, wahrscheinlich im vollen Bewußtsein der Unverfänglichkeit Goebbels und Lehs, hat Hitler sich eng an Hindenburg und die Reichswehr angelehnt. Er scheint bereit zu sein, sich von dieser Gruppe treiben zu lassen. Nicht ganz deutlich ist vorläufig nur die Rolle des Kronprinzen, der in jüngster Zeit sehr aktiv war und anscheinend bei den letzten Ereignissen die Hand im Spiel hatte.

Die Reichstagswahl soll keineswegs nur die Wieder-Ernennung der bisherigen Nazis bringen, sondern die Reichsliste soll von Hindenburg (lies: Neurath) und Hitler gemeinsam aufgestellt werden und Namen enthalten, die nicht in den Mitgliedlisten der NSDAP stehen.

Man kann den Ereignissen der nächsten Wochen mit großer Spannung entgegensehen. Die Krise im Hitler-Regime reißt einer ersten Entscheidung entgegen. Diese Entscheidung wird noch nicht die Revolution, aber sie wird eine Klärung und damit vielleicht ein Schritt auf dem Wege der Revolution sein, vor der den deutschen Machthabern, wenn sie ihre gefährliche Bahn weitersteuern, nur ein Ausweg bliebe: der Krieg.

Beneš Wienreise

Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen und das Donauproblem

Wien, 18. Oktober. Außenminister Doktor Beneš, der heute in Wien ankam, wurde in Wien mit großer Herzlichkeit empfangen.

Die offizielle „Wiener Zeitung“ schreibt zum Besuche Dr. Beneš:

Der tschechoslowakische Außenminister ist in Wien einer freundlichen Aufnahme sicher, handelt es sich doch um den Besuch des führenden Staatsmannes eines mit uns befreundeten Nachbarlandes. Der Besuch des tschechoslowakischen Außenministers, der im Konzert der europäischen Mächte einen hervorragenden Platz inne hat, ist sicher von den besten Intentionen getragen und wird dem Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Lande des hochgeschätzten Gastes wertvolles Material liefern.

Ueber den Zweck des Besuches erklärt der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Benedikt Fierlinger in der „Wiener Zeitung“: Der Besuch Dr. Benešs in Wien soll vor allem eine Fortsetzung des Gespräches von Wörgl sein. Er soll die damals angebahnte Diskussion, die vor allem wirtschaftlichen Problemen galt, weiter treiben. Die beiden Staaten haben ein eminentes Interesse daran, der Schrumpfung der gegenseitigen Handelsbeziehungen entgegenzutreten. In dem sich die beiden Staaten zu Konzessionen in Angelegenheiten des Außenhandels bereit erklären, schaffen sie wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Krise. Natürlich wird auch ein Meinungsaustausch über das mitteleuropäische Problem stattfinden, wobei festzustellen ist, daß das italienische Donau-Memorandum mit gewissen Korrekturen eine geeignete Verhandlungsbasis bilden wird.

Dr. Beneš von Wien abgereist

Wien, 18. Oktober. (M.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hat heute nachmittags mit dem sehr spärlichen D-Zug Wien verlassen. Zur Verabschiedung auf dem Franz-Josefs-Bahnhof, dessen Empfangshalle mit Blattrain geschmückt war, waren erschienen Bundeskanzler Dr. Dollfuß, Generalsekretär Peter, Staatssekretär Karwinsky, Polizeipräsident Dr. Zenzel, der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen Schöpfer mit Generalsekretär Rankovsky; der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger war mit den Herren der Gesandtschaft und des Generalkonsulates zugegen. Auch der rumänische Gesandte Prediceanu und der jugoslawische Geschäftsträger Stanovick fanden sich zur Verabschiedung ein.

„Pražku List“ eingestellt

Prag, 18. Oktober. Die Polizeidirektion in Prag hat heute der Herausgeberin des „Pražský List“ seine Einstellung durch das Landesamt auf die Dauer von drei Monaten mitgeteilt.

Notwehr der Demokratie

Das Gesetz gegen die antidemokratischen Parteien

Eine der Schwächen, an denen die Demokratie in Deutschland zerbrochen ist, war die Starrheit ihrer Gesetze, der eine ähnliche Starrheit im Denken der demokratischen Staatsbürger entsprach. Man wollte sich neuen Situationen nicht anpassen, man suchte völlig neuen Gefahren mit überholten Weisheiten zu begegnen und stand wehrlos der Erscheinung des Faschismus gegenüber, die längst über alle Dimensionen einer im demokratischen Staat möglichen und in den Staat einzuordnenden Bewegung hinausgewachsen war. Man wollte und konnte nicht begreifen, daß die alten Spielregeln im Kampfe mit Banditen keine Geltung haben, daß es kein Fair play gibt, wenn der Widerpart die Legalität nur als einen gelungenen Witz ansieht.

Das Gesetz, mit dem sich die Nationalversammlung in diesen Tagen beschäftigt und das sie wahrscheinlich ohne wesentliche Änderungen annehmen wird, bedeutet einen Bruch mit dem starren System einer unbeweglichen, schwerfälligen und im Kampfe um ihre Existenz darum nichtaktiven Demokratie. Es ist ein Gesetz, das mit vielen Vorurteilen, Traditionen und Prinzipien bricht, weil sie eben Vorurteile und dieser Zeit nicht mehr entsprechende, überholte Vorstellungen sind. Es ist ein drakonisches Gesetz, aber es wäre eine Spiegelfechterei, wenn es nicht drakonisch wäre. Zugegeben: dieses Gesetz übernimmt manches aus dem Repertoire von Unterdrückungsmassnahmen, über das in weit reichender Maße der faschistische Staat verfügt. Aber der grundlegende Unterschied zwischen dem demokratischen Rechtsstaat und der faschistischen Diktatur bleibt bestehen. Es wird keine Willkürherrschaft von bewaffneten Banden eingesetzt, nicht die Totalität des öffentlichen Lebens für eine Partei in Beschlag genommen. Es werden weitere verschiedene Parteien und Weltanschauungen nebeneinander wirken und werden, es wird weiter um die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zwischen den Interessengruppen gerungen werden. Ausgeschaltet werden aus dem politischen Leben des demokratischen Staates aber mit allen gesetzlichen und behördlichen Mitteln jene Parteien und Männer, die mit der Freiheit Mißbrauch trieben, indem sie aus ihr ein Mittel zu ihrer Vereinnahmung machten, indem sie durch die Demokratie der Demokratie ein Ende zu setzen versuchten. Es ist keine Gleichgültigkeit, die in der Tschechoslowakei durchgeführt werden soll, aber es ist die im Interesse der Demokratie nötige Ausschaltung der faschistischen Elemente aus dem politischen Leben und selbstverständlich aller jener, die dem Faschismus Schützenhilfe leisten, ihn zu tarnen oder zu decken suchen.

Soweit es im Rahmen des Gesetzes überhaupt möglich ist, wird für eine Liquidation der faschistischen Parteien gesorgt. Ihre Symbole werden verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt, ihre Mandate fassiert, ihre Presse eingestellt, den zu erwartenden Versuch, Erich aller Art zu schaffen, wird ein Riegel vorgezogen. Wir brauchen keine Konzentrationslager, keine Folterkammern, keine „Schutzhaft“, wie sie der Faschismus in Deutschland zur Begründung seiner Herrschaft eingeführt hat und noch immer anwendet. Verantwortliche Instanzen, Gerichte und Behörden, werden unter der Kontrolle der Nationalversammlung, unter den Augen der Öffentlichkeit durchführen, was das Gesetz vorschreibt. Zwischen dem liberalen Staat, der sich den Luxus einer unbeschränkten politischen Agitation aller Parteien leisten konnte, und dem faschistischen Staat, der die Willkür-

Hinter den Kulissen des Dritten Reichs:

Der Vorstoß Deutschlands — ein Sieg Hindenburgs und der Reichswehr!

Berlin, 18. Oktober. Ueber die Sitzung, die den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund beschloß, wird bekannt, daß an ihr nicht das ganze Kabinett, sondern nur der Reichspräsident, Hitler, Neurath und der Volschauer Radolny teilgenommen haben. Goering und Goebbels fehlten ebenso wie die anderen Minister. Die Entscheidung für den Austritt aus dem Völkerbund wurde von der Machgruppe „Hindenburg“ getroffen, das heißt im Grunde von der Reichswehr.

Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen über das letzte und entscheidende Angebot der Entente, das bekanntlich auf die Verdoppelung der Reichswehr von 100.000 Mann auf 200.000 hinauslief. Zugleich aber sollten alle Wehrverbände aufgelöst, demnach die SS und ein Teil der SA in die Reichswehr übernommen, der Rest in die Arbeitslosen verteilt oder entlassen werden. Die Goering-Gruppe (Schwerindustrie) war für diesen Vorschlag, der geeignet erschien, die immer lästiger werdende SA-Opposition zu bändigen. Eine Abstimmung in der SA selbst ergab bei den höheren Ständen Stimmuna für den Zusammenbruch mit der Reichswehr, denn die höheren Charnen hofften auf diese Weise Reichswehr-Offiziere zu werden. Die niederen SA-Charnen waren gegen die Vereinigung, weil sie höchstens Unteroffiziere der RW werden konnten. Den Ausschlag gab aber die Reichswehr selbst, die sich gegen jede Vereinigung mit der SA stemmte und lieber auf die legale Aufrüstung verzichtete, als ihre Sonder-

stellung preiszugeben. Hitler selbst neigte ebenfalls dieser Gruppe zu, da er seine Privatarmee nicht aufgeben wollte.

So stellt der Entschluß zum Austritt aus dem Völkerbund einen Sieg der Reichswehrgruppe und des Hindenburgflügels der Regierung über die Gruppe Goering und die Gruppe um Goebbels dar. Das wird besonders deutlich, wenn man in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Reichstagswahl betrachtet. Durch der Auflösung des alten Reichstags wird das Potsdamer Ermächtigungsgesetz rechtsgültig und die gesamte Staatsmacht fällt wieder an Hindenburg zurück. Am deutlichsten kommt aber die vermehrte Macht des Reichspräsidenten in der Änderung des Statthaltergesetzes zum Ausdruck.

Nach dem bisherigen Gesetz ernannte Hitler die Reichsstatthalter, und zwar für die Dauer der Landtagsperiode. Nunmehr ernannt der Reichspräsident und Hitler hat lediglich ein Vorschlagsrecht. Die Statthalter sind nicht mehr unabsehbar bis zur nächsten Landtagswahl, sondern jederzeit absehbar, zumal da es keine Landtage mehr gibt. Man erwartet in Deutschland, daß in den nächsten Tagen schon Umstellungen stattfinden. Wahrscheinlich werden einige Hitlerleute abberufen und durch Generale ersetzt werden. So liegt in der neuen Entwicklung der Reim zu einer neuen Form der Diktatur.

herrschaft über Staat und Nation einer Bande von Expreffern, Sadisten, Räubern und Totschlägern ausliefert, gibt es in der wehrhaften, aktiven Demokratie eine neue Staatsform.

Wenn angeht die Begründung der Demokratie auf neuen und, wie wir hoffen, festeren Fundamenten die Betroffenen über Terror und Gewalt schreien, so muß ihnen entgegengehalten werden, daß sie allein dafür verantwortlich sind, daß der demokratische Staat zu neuen Methoden und brutaleren Mitteln des Selbstschutzes greifen muß. Seit vielen Monaten haben die faschistischen Parteien, Zeitungen und Vereine die deutschen Zustände gebilligt, ihre Nachahmung gefordert, die Zusammenarbeit mit den braunen Banden im Reich organisiert. Den hundertfach geleisteten und erlogenen Loyalitätserklärungen der Parteiführer stand die tausendfach betätigte Politik der Unterstellen, der Mitglieder und die jählich zur Schau getragene faschistische Gesinnung der Presse gegenüber. Man schwor auf die Demokratie, aber die faschistischen Zeitungen predigten und verherrlichten den Mord, bis der Fall Leising den Beweis erbrachte, daß die Leser und Parteimitglieder auch vor der Ausführung nicht zurückschrecken. Mag sein, daß die Führer die Massen nicht mehr in der Hand hatten! Um so nötiger war der raube Zugriff der Staatsgewalt, wollte man nicht den Staat und seine Bewohner in schwerste Gefahren stürzen. Die Geheimbündelei halbwüchsiger Burken, die Wallfahrten der Nazi über die braune Grenze, die Wordbege der Nazipresse konnten die furchtbaren Folgen haben, sie konnten eines Tages das Gespenst des Krieges, sie konnten — wie der Brünner Kasernensturm bewies — auf tschechischer oder deutscher Seite blutige Putzschüsse und am Ende einen Zustand dauernden Bürgerkriegs, der Unsicherheit des Lebens und das unausweichliche Verbot jeder öffentlichen Betätigung zeitigen, wenn die Dinge soweit gediehen, wie sie in Deutschland um 1932 standen.

Es muß aber auch die Verantwortung jener festgestellt werden, die nicht müde wurden, für den Faschismus zu werben, ohne sich formell zu ihm zu bekennen. Fast alle bürgerlichen Parteien haben seit dem 5. März nicht nur den deutschen Faschismus, sondern auch den inländischen durch Lob ermuntert, durch täglichen Sukkurs tatkräftig unterstützt. Die gleichgeschaltete Provinzpresse, für die das Gesetz eine letzte Warnung ist, hat unermüdlich den Faschismus propagiert und zu blutigen Gewalttaten gegen die arbeitende Bevölkerung, gegen die demokratischen Staatsorgane und Politiker gehetzt. Christlichsoziale und Scheinliberale haben ihre gerüstete Wafenschuld an der Entwicklung in diesem Staate. Und keineswegs schuldlos sind die Kommunisten, die den Arbeitern die Notwendigkeit des faschistischen Durchgangsstadiums predigten, den 5. März als Sieg der SPD feierten, die Demokratie unentwegt mit dem Faschismus gleichsetzten und sich der „verfolgten“ Nazi annahmten. Die Arbeiterschaft muß selbst-

verständlich wissen, daß mit dem Gesetz allein der Faschismus nicht beseitigt ist. Die Anwendung des Gesetzes ist Sache des Staatsapparates und der würde sich, hätten wir nicht die Macht, ihn zu beeinflussen, genau so im Dienste der Faschisten gegen uns wie im Dienste der Demokratie gegen die Faschisten wenden. Lauter denn je wollen wir den Arbeitern heute die Mahnung zurufen: Gebt uns die Macht! Wir haben nur soviel Kraft, als das Proletariat uns gibt, um nichts mehr,

Englands Außenminister sagt:

Deutschlands Behauptungen — absurd!

Entschledene Ablehnung der Erklärungen Hitlers und Neuraths

London, 18. Oktober. Der englische Außenminister Sir John Simon sprach heute abends nach seiner Rückkehr aus Genf und nach einer langen Unterredung mit dem Premierminister Macdonald im britischen Rundfunk.

Die Lage Deutschlands, erklärte Sir Simon, ist jedem bekannt. Hier ist ein großer Staat, der unter dem Vertrag von Versailles entwaffnet wurde. Großbritannien war von Anfang an bestrebt, Deutschland wieder zu einer würdigen Stellung zu verhelfen. Großbritannien übernahm die führende Rolle, indem es im letzten Dezember die Erklärung erreichte, die von Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten ebenso wie von uns selber unterzeichnet wurde, daß Deutschland „Gleiche Rechte in einem Regime der Sicherheit“ erhalten müsse. Zu dieser Erklärung stehen wir weiterhin.

Es hat sich jedoch eine neue ernste Begebenheit ereignet. Kürzliche Ereignisse in Europa haben das Gefühl der Nervosität un-leugbar erhöht und den Eindruck tatsächlicher Beunruhigung hervorgerufen, die der wirkliche Grund seien, weshalb hochgerüstete Staaten zögerten, ihre bewaffneten Streitkräfte zu schwächen.

Wir kennen die Ursachen dieser Befürchtungen und es wäre töricht, sie zu unterschätzen. In England bestehen Befürchtungen hinsichtlich der internationalen Lage und auf dem Kontinent sind diese Befürchtungen noch stärker. Die ganze Welt weiß warum.

Als die deutschen Forderungen bekannt wurden, ließen sie nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß es den Deutschen mehr um eine neuartige Rüstung als um die Definition der „Prototyps“ zu tun war.“

Sodann sprach Außenminister Simon sein Bedauern darüber aus, daß Freiherr von Neurath ihn anlässlich einer Unterredung mit Journalisten beschuldigt habe, eine falsche Darstellung dieser Angelegenheit gegeben zu haben, und er erklärte namens des britischen Außenministeriums, daß er bereit sei, zur Unterstützung seiner These die diesbezüglichen Dokumente zu veröffentlichen.

Es bestehe nicht der geringste Zweifel, daß der Standpunkt, den die deutsche Regierung

um nichts weniger, was jetzt geschaffen wurde, sind taugliche Waffen gegen den Faschismus. Aber es wird von der Erkenntnis, Entschlossenheit und Kraft der Arbeiterklasse abhängen, wer diese Waffen führen wird. Daß sie der Demokratie verbleiben, daß sie gegen den Faschismus wirken — das zu erkämpfen bleibt weiter und mehr denn je Aufgabe der Sozialdemokratie, Aufgabe des Proletariats, in dessen Namen die Sozialdemokratie auf der Bühne der Geschichte steht und kämpft!

einnehme, eine weitere Vertiefung des trennenden Grabens bedeute.

Es seien Bestrebungen im Gange, den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz durch die Erklärung des britischen Außenministers vom 14. d. zu motivieren. Es genüge jedoch, darauf hinzuweisen, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten sie in jeder Beziehung gebilligt und unterstützt habe.

„Ich muß wohl nicht hinzufügen“, erklärte Sir John Simon, „daß die Behauptung, Deutschland hätte sich aus diesem Grunde von der Konferenz zurückgezogen, allzu absurd ist.“

Die britische Regierung könne auf keinen Fall die von der deutschen Regierung ins Treffen geführten Gründe als stichhältig annehmen.

Der Redner erinnerte sodann an den letzten Satz der Antwort Hendersons auf das deutsche Telegramm, das den Austritt aus der Abrüstungskonferenz ankündigte, und wiederholte, daß seine Genfer Erklärung vom 14. d. vollkommen richtig gewesen sei.

Baldin habe unlängst vollkommen zutreffend erklärt, daß jedes Volk, das durch seine Handlungsweise die Abrüstung unmöglich mache, auf der Welt keinen Freund haben würde.

Ziel der britischen Politik sei es nicht, Vorwürfe zu machen und auf das Gefühl einzuwirken. Wir haben versucht und werden versuchen, das Zusammenwirken zwischen allen Nationen, die guten Willens sind, zu fördern und zu propagieren. Ich drücke die Ansicht der gesamten britischen Regierung aus, wenn ich erkläre, daß nichts in der Zukunft ungetan gelassen wird, um die Grundlage einer ehrlichen und ehrenhaften Sache zu suchen, auf der die Hoffnung der Menschheit für den künftigen Frieden der Welt in so großem Maße gegründet sind.“

Dekorierte Einheitsliste

Berlin, 18. Oktober. Die nationalsozialistische Einheitswahlliste, die der Wählerschaft bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vorgelegt werden wird, soll, wie verlautet, nicht bloß Kandidaten, die Mitglieder der nationalsozialistischen Partei sind, sondern auch die Namen von etwa fünfzig bekannten Persönlichkeiten verschiedener Gebiete des öffentlichen Lebens enthalten.

Polizeipräsident a. D. Eggerstedt erschossen

Amsterd., 18. Oktober. (Znpreß.) Der ehemalige sozialdemokratische Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt, ist in dem Augenblick, als er die deutsch-holländische Grenze überschreiten wollte, erschossen worden. Er war aus dem Konzentrationslager Kapendorf entflohen.

Der Name Eggerstedt ist mit einer einschneidend wichtigen politischen Entwicklung verknüpft. Wie bekannt, ereignete sich im Juli des vorigen Jahres, anlässlich eines von ihm erlaubten Nazi-Aufmarsches, der „Blutsonntag“ von Altona, der dem damaligen Kanzler von Papen den Vorwand lieferte, die preussische Regierung Braun ihres Amtes zu entsetzen.

Mord und Geisel

Dresden, 18. Oktober. (Znpreß.) Im Dresdener Polizeipräsidium wurde der Unterbezirksleiter der SPD, Dresden, Rolf, erschlagen. Den Unterbezirksleiter der SPD, Zwickau, Martin Hoog, schießte man tot aus einem Leich bei Zwickau. Seit zwei Monaten wird Frau Erna Stentsch mit ihrem einige Monate alten Kind im Gefängnis Münchenerplatz festgehalten: als Geisel für ihren geflüchteten Lebensgefährten, der kommunistischer Funktionär war.

Zustimmung für Daladier

Die französischen Blätter äußern sich zu der Rede Daladiers durchwegs zustimmend.

Léon Blum schreibt im „Populaire“: Die Abrüstungskonferenz wird fortgesetzt, wie Daladier betonte. Frankreich wird am 26. Oktober trotz Abwesenheit Deutschlands vertreten sein. Die französische Regierung setzt die begonnene Aktion fort, und zwar in dem bisherigen Geiste. Wir haben die Rede Daladiers, die sich durch Ueberlegenheit und Entschiedenheit auszeichnet, mit Beifall quittiert. Ich hoffe aufrichtig, daß in diesem Geiste auch die öffentlichen Kundgebungen auf der Genfer Konferenz vorgebracht werden.

Mussolini wartet ab

Paris, 18. Oktober. „Matin“ meldet aus Rom, daß gestern in amtlichen italienischen Kreisen behauptet wurde, Mussolini hätte vorläufig nicht die Absicht, irgendwelche Initiativen zu ergreifen, um die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund hervorgerufene Krise zu beschwören.

Weißgardistische Tendenzmeldungen

von der russisch-chinesischen Grenze.

Peiping, 18. Oktober. Ergänzungsbände der chinesischen Blätter in Peiping und Tientsin brachten gestern die Meldung, daß Sowjet-Flugzeuge einen Bombardierungsflyg nach Sinking und Tschangschang unternahmen. Die Presse brachte diese Meldung ohne irgendwelche Kommentare. Die Meldung erschien auch in dem weißgardistischen russischen Blatte in Tientsin. In den chinesischen Meldungen wird angeführt, daß „bei der Bombardierung 200 Japaner getötet worden sind“. Die japanischen, die chinesischen und die Sowjet-Behörden haben energische Nachforschungen nach der Quelle dieser Meldung eingeleitet, welche in Peiping und Tientsin ungeheure Erregung verursacht hat.

Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

27

Did hatte auch jogleich, was er suchte. Man konnte die Batterien bequem herausheben und diese hier war in Ordnung, wie ihm der Zeiger des Strommessers sagte.

Bis Did wieder in die Schotte trat, waren nur wenige Minuten verstrichen. Doch schien es Did nun selbst, als würde es diesmal ewig dauern, bis das Gas aus dem Vorräum war und der Mechanismus der Innentür in Tätigkeit gesetzt werden konnte.

Unruhe packte ihn, als die Tür sich langsam zu öffnen begann. „Lilith!“ rief er fragend. „Oh, Did!“ antwortete ihre Stimme durch den Spalt. Als die Tür auf war, fiel sie ihm ohnmächtig in den Arm.

Did trug sie hinüber auf das Polster. Dann bersuchte er, kölnisch Wasser zu entdecken. Aber ehe er sich in dem Aram vor dem Spiegel zurechtfinden konnte, bekam ihr Gesicht schon wieder Farbe. Sie atmete leicht, aber regelmäßig.

Lilith mußte vor allem nun rasch heraus aus diesem Käfig.

In raschem Rhythmus drückte Did den Knopf am Sendegerät nieder.

„Achtung — Harley! — Achtung! — Hören Sie?“

Sofort begann die Schreibspitze Antwort zu haben.

„Achtung — Hier Araratmaschine — Wir hören!“

Zugleich mit dem letzten Bicken des Stiftes begann Did zu senden.

„Achtung — hier Kammer siebzehnwei — Alter Plan nicht ausführbar — Ihr müßt von Gasprüfshacht Nummer vier die Deckkuppel absprengen — höchste Eile — Arbeit mit Bombe — Vorsicht! Schotte Siebzehn ist offen — Macht schnell! — Achtung — Ich stoppe —“

„Achtung — Haben verstanden — Achtung — Wir stoppen —“ hauchte die Schreibspitze.

Did sah zu Lilith hinüber. Sie hatte sich eben halb ausgerichtet.

Sie bliete angstvoll um sich. Aber als sie Did sah, senkte sie erleichtert.

Did mußte nun rasch handeln. Er nahm noch ein Gasprüfgerät aus dem Ständer, schraubte die Kapsel an und drehte das Ventil der kleinen Stahlflasche halb auf.

„Was ist nun?“ fragte Lilith leise.

Did legte nur den Finger an den Mund. Er beugte sich dann zu ihr nieder und küßte sie, ehe er ihr den Gasdruck anlegte.

Lilith widerstrebte schwach.

„Das Gas kommt“, sagte Did ernst. An seiner Miene sah sie, daß hohe Gefahr war.

Da fügte sie sich. Did breitete alle Woll- und Pelzdecken über sie, die er nur finden konnte. Sie ließ es willenlos geschehen.

Did sah zusammengedrückt auf dem Polster. Er hielt Liliths Hand und wartete. Es mußte jeden Augenblick geschehen. Nur die Sekunden schlichen so träge.

Seit dem Frankenspruch waren bereits zehn Minuten verstrichen. War etwas geschehen? Schon wollte Did noch einmal hinüber zum Apparat.

Da krachte es! Verdammt nahe war das. Die Detonation erschütterte die Gewölbe.

Im selben Augenblick begann der Empfänger mit am Apparat zu haben.

„Achtung — Warten! — Wir sprengen noch einmal — Achtung — Wir stoppen —“

Did hatte sich halb erhoben, als im selben Augenblick die zweite Bombe fiel.

Sie mußte unglücklicherweise durch das aufgesprengte Loch der Kapsel in den Schacht gefallen sein, so stark war die Explosivkraft.

Draußen die Außenschotte wurde mit dumpfem Schlag eingedrückt.

Did taumelte und fiel zu Boden.

Als er sich nach einigen Sekunden erheben konnte, fiel sein erster Blick auf die Stahltür. Dort strömte Qualm aus einer eingebeulten Ecke.

Did machte einen Satz an den Schottenhebel und drückte ihn nieder. Die Tür rührte sich nicht. Der Mechanismus war zerstört oder die Stahlschlingen verbogen und eingeklemmt. Die Mausefalle war zu.

Schweigend ging Did zurück an den Tisch in der Mitte. Dort öffnete er die Außentasche seines Anzuges. Kleine rote und schwarze Pakete in verschiedenen Größen kamen zum Vorschein.

Did wählte vier der größeren in der roten Packung aus und legte sie auf die Tischplatte. Er öffnete die Verschlüsse und drehte die grünen Drähte, die da zum Vorschein kamen, zu einem einzigen Stück zusammen. Die Leitung war etwa sechs Meter lang. Sie reichte gerade von der Stahltür bis zum Tisch.

An der Stahltür wurden die vier roten Pakete sorgfältig festgemacht. Dann holte Did eine Batterie vom Radioapparat und stellte sie auf den Tisch.

Wenige Sekunden später zischten Stacheln. Die Thermopackungen hatten ihre Arbeit getan.

Did prüfte mit wenigen Blicken das Ergebnis.

Er schien zufrieden, als er einige Schritte zurückging. Dann rannte er mit der Wucht seines Körpers gegen die Tür an. Sie fiel mit dumpfem Krach in die Schottenkammer.

Rauch drang herein. Weiße Nebel tanzten um farbige.

Lilith lag noch immer auf dem Polster. Sie

lag da und rührte sich nicht. Als Did ihre Hand hob, fiel sie wieder leblos herunter.

Er nahm sie auf den Arm wie ein Kind. Seine Linke hielt den Lichtwerfer, dessen Strahl sich mühsam durch die ziehenden Schwaden fraß.

Langsam tappte Did vorwärts. Hier war die erste Kammer, dann die andere Schotte — dann — hier war der Gang. Rechts vor! Es waren hundert Schritte. Draußen links mußte der Prüfshacht liegen.

Aus einem Loch am aufgesprengten Gaslamin fiel Licht.

„Hallo!“ schrie Did rauh.

„Hallo!“ klang es von oben.

Eine Strickleiter kam herabgebaumelt.

Did griff zu „Habt Ihr fest?“

„Wir halten“, kam es von oben.

Did begann emporzustiegen. Es schien mehr Sprossen als Treppenstufen in der Achse zu geben. Die Luft war so knapp im Gerat. Und — verdammt — er konnte nicht an das Sauerstoffventil greifen!

Hände streckten sich ihnen entgegen. Man nahm Lilith. Did wäre beinahe selbst umgefallen. „Rasch!“ leuchtete Harley.

Sie ließen los. Dann krachte es. Eine Leuchtrakete entfaltete ihren Fallschirm und kam langsam herunter. Alle logen wie zu Stein erstarrt. Die drüben hielten Lunte gerodet.

Als es finster war, rannten sie wieder los. „Die Luft hier“, zischte Harley durch die Zähne.

„Ist der Doktor dabei?“ fragte Did.

„Neuburg — ist an der Maschine“, meinte Harley kurz.

Borne krachte es kurz hintereinander. Tack-tack! Tack-tack!

Dann tauchte von ihnen die Flugmaschine aus den Gaschwaden. Sie stand auf der Betonstraße.

(Fortsetzung folgt.)

Spät, aber nicht zu spät

macht in der Sonntagsausgabe der „Reichenberger Zeitung“ der gemessene Landesvertreter Ing. Gebauer, in einem Artikel, der unter dem Titel „Zu spät“ erschien, eine Reihe von recht interessanten Feststellungen, die, um den Geist, der bei den Nationalsozialisten herrschte oder noch herrscht, zu beleuchten, hier wiedergegeben werden müssen. Gebauer, eine der führenden Persönlichkeiten der NSDAP, von dem behauptet wird, er habe sich der allgemeinen Linie der Partei nicht angepaßt, nimmt in dem Artikel zu einem Auffass des Senators Dr. Jesser Stellung, d. h. er verteidigt dessen Standpunkt und Kritik zur Politik und der Entwicklung der NSDAP. Dabei sagt er u. a.:

„Man braucht nicht erst zu bestätigen, daß die Einstellung des ehemaligen Parteigenossen Jesser in bezug auf die politische Zielrichtung der NSDAP eine vollkommen nüchtern-reale und zu den gegebenen staatsrechtlichen Verhältnissen attitudinäre gewesen ist. In dieser Hinsicht stand Doktor Jesser nicht allein in der Gesamtpartei und deren Leitung. Sein von ihm zitiertes Oberhaupt in der Troppauer „Deutsche Post“ hatte jedoch tatsächlich in weiten Kreisen der Parteimitgliedschaft eine gewisse Ablehnung ausgelöst. Auch andere ihm Gleichgesinnte haben ähnliches Mißverständnis über sich ergehen lassen müssen. Als ich am Freiwaldauer Parteitag dagegen Stellung nahm, daß die Partei sich zu sehr um fremde Angelegenheiten kümmere und zu wenig um die eigenen und ich hierbei verlangte, daß künftighin ausschließlich alle prominenten Kräfte der Bewegung für die Arbeit in der eigenen Partei verfügbar bleiben müssen, und daß die NSDAP nur innerparteiliche, judendeutsche Politik zu betreiben habe, da hatte ich außer den Vertretern des von mir geführten Wahlkreises nur wenige auf meiner Seite. Das Echo in der Mehrheit war ein solches, daß ich meine Ausführungen und weitere Teilnahme am Parteitag abbrach und Freiwaldau verhißter: verließ.“

Damit allein beweist Herr Gebauer schon, daß die Leute, die in der NSDAP den staatsfeindlichen Kurs nicht mitmachen wollten oder gar vor ihm warnten, nicht sehr beliebt, niedergeschrien und ohne Einfluß blieben. Die andere Richtung, also jene, die sich mit dem Gedanken, innerpolitische Tätigkeit auszuüben, nicht abfinden konnte, hatte die Oberhand in der Partei der Salenkreuzler. Und wenn nun bestritten wird, daß die Nationalsozialisten Handlungen setzten, die gegen die Gesetze der Republik verstießen, dann lese man was Gebauer weiter schreibt:

„Die sich überstürzende Entwicklung im Deutschen Reich führte dann aber der NSDAP, innerhalb weniger Monate Zehntausende an neuen Mitgliedern zu, welche — benannt von der Rücksicht der Vorgänger jenseits der Grenze und deren oft auch für uns unverständlichen Äußerungen — zum Teil tatsächlich der Meinung gewesen zu sein schienen, die NSDAP sei der NSDAP gleichgeschaltet, und habe eine gleiche Zielpolitik zu treiben, wie jene. Dies äußerte sich nach fast täglichen Preisermäßigungen, durch Reden und Handlungen, welche nicht nur gegen das geltende Programm der NSDAP, sondern auch gegen die geltenden Gesetze des Staates verstießen. Gegen diese Erscheinungen hat sich nicht nur Herr Dr. Jesser, sondern auch andere gestellt! — Auch dem Parteivorstand haben sie schweres Kopfweh bereitet und er war ungewiss, ob gleichfalls von dem christlichen Willen befehle, sie auszumergen. Es sind auch zahlreiche Verwarnungen und Ausschlüsse von Einzelmitgliedern erfolgt. Aber zu der von mir verlangten Generalkleinigung der Partei, Ausschluß aller unheimlichen Mitglieder, eventueller Auflösung ganzer Ortsparteien und Gebietsgruppen, sowie Umbau der Parteileitung ohne Rücksicht auf Personenfragen, und Dr. Jesser an die Spitze der Bewegung — ist es leider nicht gekommen.“

Das sind im Interesse der angeklagten nationalsozialistischen Partei nicht gerade kluge, für uns aber sehr wichtige Feststellungen, die Herr Gebauer da macht. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß es höchste Zeit war, die Pestbeulen, die sich inmitten unseres Volkstörpers gebildet haben, aufzustoßen und radikal zu entfernen, wollten wir nicht Gefahr laufen, an ihnen zu Grunde zu gehen.

Durchsuchung der Parlamentsklubs der aufgelösten Parteien bewilligt

Mittwoch Vormittag fand im Parlament eine gemeinsame Sitzung der Präsidien beider Häuser statt, die sich u. a. mit dem Ansuchen des Kreisgerichts in Prag um Bewilligung einer Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der parlamentarischen Klubs der aufgelösten deutschnationalen und nationalsozialistischen Partei befaßte. Das Ansuchen wird damit begründet, daß der Verdacht bestehe, daß in diesen Räumlichkeiten Material über die antisstaatliche Betätigung dieser Parteien aufbewahrt ist.

Die gemeinsame Präsidialsitzung gab für diesen einen konkreten Fall zu der Hausdurchsuchung ihre Zustimmung. Die Hausdurchsuchung dürfte wahrscheinlich im Laufe des Freitag stattfinden. Gegenwärtig sind die betreffenden Klubräumlichkeiten unter strenger Sperre.

Ein ehrlicher Demokrat hat nichts zu befürchten!

Erklärungen des Ministerpräsidenten zum Parteiengesetz

Prag, 18. Oktober. Im verfassungsrechtlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses stand heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Innenministers die Regierungsvorlage über die Einstellung der Tätigkeit und die Auflösung politischer Parteien zur Verhandlung.

Das Referat hatte der tschechische Nationalsozialist Dr. Patejdi übernommen, der die Vorlage als eine notwendige Ausnahme von den Grundsätzen der Demokratie hinstellte, notwendig deshalb, um den Staat gegen die gefährlichen Auswüchse der Tätigkeit politischer Parteien zu schützen. In der Generaldebatte sprach nur ein Kommunist. Die Spezialdebatte wurde auch am Nachmittag fortgesetzt.

Gegen Schluß der Debatte ergriff Ministerpräsident Malypetr das Wort, um eindeutig zu versichern, daß die Vorlage keinesfalls etwa zu einer Vernichtung der — aus dem demokratischen Regime nicht wegzudenken — Opposition mißbraucht werden soll, sondern daß jeder ehrliche Demokrat, der sich positiv zum Staat stellt, von der Durchführung des Gesetzes nicht das geringste zu befürchten haben wird. Malypetr erklärte u. a.:

Die Regierung ist nach sehr sorgfältiger und gewissenhafter Überlegung aller Umstände zur Überzeugung von der Notwendigkeit gekommen, daß jeder Bürger dieses Staates klar und mannhaft erklären soll:

„Ich bin für diesen Staat, für seine Erhaltung, für seinen Ausbau auf demokratischem Weg, oder ich bin es nicht, ich will es auf anderem Wege erreichen, eventuell auch so, daß ich die Grundzüge dieses Staates zu erschüttern versuche, damit aus der resultierenden Zerrüttung entweder an Stelle dieses Staates etwas anderes entspringe oder damit Form und Grundzüge dieses Staates in ganz andere Formen und Einrichtungen umgewandelt werden, die mit der Demokratie nicht nur nichts gemeinsam haben, sondern die auch auf einem völlig entgegengesetzten Standpunkt stehen.“

Wer alle Rechte in Anspruch nehmen will, die ihm unsere Demokratie bietet, von dem müssen wir auch Offenheit und Mannhaftigkeit fordern, hinsichtlich seines klaren Verhältnisses zu dem Staat.

Jeder, der sich unterstellt, klar und ohne jedwede Vorbehalte hinter die Integrität des Staates, hinter seine Einheit und seine demokratisch-republikanische Form stellt und für die Sicherheit dieses Staates sorgen will, kann mit beiden Händen für das Gesetz stimmen, weil er keine anderen Intentionen haben kann und haben wird.

Wer ein aufrichtiger, offener und unerbittlicher Demokrat, wer ein aufrichtiger Angehöriger dieses Staates ist, muß nicht die geringsten Befürchtungen hegen, daß ihm auf Grund dieses Gesetzes irgend etwas geschehen könnte.

Wer aber die demokratischen Einrichtungen mißbraucht, um geschützt durch Demokratie, Versammlungsrecht, Pressefreiheit usw. bald offen, bald versteckt Gedanken und Tendenzen zu propagieren, die gegen die Sicherheit und die Existenz des Staates und gegen seine ruhige demokratische Entwicklung gerichtet sind, der muß so viel Mannhaftigkeit haben, zu erklären: Jawohl, ich trage dafür die Verantwortung, weil ich das aus Überzeugung tue!

Wer die demokratischen Rechte aber mißbraucht, darf sich nicht wundern, daß die, die derzeit für das Schicksal der Demokratie und des Staates verantwortlich sind, sich verpflichtet fühlen, diesem Mißbrauch einen Damm zu setzen.

Zur Vorlage des Gesetzes hat nicht die Tendenz geführt, irgendeine Partei, Person oder Bewe-

gung aus parteipolitischen Gründen einer anderen Partei zu unterdrücken. Nur die berechnete, ernste und gewissenhafte Sorge in ernstester Zeit ist der Urheber dieses Antrages. Das Gesetz soll auch verhindern, daß zu Straftaten nicht auch Personen verführt werden, die sich der Reichweite ihrer Tat und vor allem der Folgen nicht gut bewußt sein können. Hier denke Malypetr vor allem an die Jungen, die an und für sich einem größeren Radikalismus zugänglich ist. Es sei leicht, sie als Avantgarde für Taten zu benutzen, für die die eigentlichen Urheber nicht die Verantwortung tragen wollen, vor allem, wenn sie durch die Immunität geschützt sind.

Es besteht nicht die Absicht, gegen irgend jemanden, der auf demokratischem Wege zum Fortschritt der Republik beitragen will, unter welchen Vorwänden immer dieses Gesetz zu mißbrauchen.

Alle Entscheidungen der Regierung auf Grund dieses Gesetzes sind Verwaltungsakte und werden als solche auf eine Beschwerde hin vom Obersten Verwaltungsgerichtshof überprüft, so daß auch nach dieser Seite hin ein genügender Schutz geboten ist. Auch bezüglich der Frage des Mandatsverlustes — wenn ein solcher Fall eintritt — ist hier ein eigenes Gericht bestimmt, das niemand angreifen kann.

Wenn jemand Befürchtungen vor den Auswirkungen dieses Gesetzes hat, so muß man sagen, daß genug Zeit war, über die Fragen nachzudenken, wie lange es in einem geordneten Staat möglich ist, ohne Furcht vor der Bedrohung grundlegender Staatsinteressen diese oder jene Bewegung ruhig gewähren zu lassen.

Wenn bis Ende 1931 sich die Verhältnisse derart regeln, daß weder eine Gefahr noch Befürchtungen vor einer Gefahr vorliegen, dann wird sicher niemand die durch das Gesetz gegebenen Ermächtigungen verweigern wollen.

Die Befürchtungen, daß die Vorlage das Ziel verfolge, im Staat die Opposition zu vernichten oder zu beseitigen, beruhen auf der unrichtigen Auslegung des Gesetzes, eher aber auf dem Mangel an gutem Willen, denn eine der Grundregeln der Demokratie ist ihre Gruppierung in Mehrheit und Opposition. Eine Demokratie ohne Opposition wäre keine Demokratie.

Gerade weil wir nicht wollen, daß die Verhältnisse auch gegen unseren besten Willen um etwa zum Umbau unserer Demokratie in eine solche Scheindemokratie zwingen, legen wir dieses Gesetz vor und erfordern die Mehrheit, das Gesetz in der vorgelegten Fassung anzunehmen.

Senat auf Dienstag verschoben

Nach der Rede Malypetr's gaben Innenminister Cerny und der Referent noch einige Erklärungen zu einzelnen Paragraphen. Die weiteren Verhandlungen wurden — obwohl der Ausschuss nur eine Frist bis morgen 8 Uhr früh hat — auf morgen 11 Uhr verlegt.

Daraus geht zweifellos die Absicht hervor, innerhalb der Koalition morgen noch über gewisse Abänderungsanträge, die bereits heute Gegenstand von Beratungen Malypetr's mit den Führern der Koalitionsclubs waren, zu verhandeln. Das Plenum des Abgeordnetenhauses wird also wohl kaum schon morgen um 10 Uhr die Beratungen über die Vorlage eröffnen, sondern sich wohl bald wieder — wenn auch vielleicht nur auf Nachmittag — verlagern.

Da unter diesen Umständen nicht damit zu rechnen ist, daß der Senat die Vorlage schon am Freitag erhalten und den Ausschüssen zuweisen könnte, wurde heute vom Senatspräsidium die für Freitag anberaumte Plenarsitzung auf nächsten Dienstag verschoben.

Hitler fordert die Gleichberechtigung

Die er in Deutschland nicht gelten läßt

Berlin, 18. Oktober. Die Führertagung der NSDAP fand ihren Abschluß in einer großen, richtunggebenden Rede, die der „Führer“ am Abend vor dem versammelten Reichsleitern, Gauleitern, höheren SA- und SS-Führern sowie den Gaupropagandaleitern im Plenarsaal des preussischen Landtages hielt.

Der große Irrtum der bisherigen nach-nobemberlichen Regierungen in Deutschland sei die Nichtbeachtung des Grundgesetzes gewesen: Ehe nicht die Gleichberechtigung zugestanden ist, ist jede Beteiligung an internationalen Konferenzen von vornherein zwecklos!

Seine Vorgänger in der Regierung seien gewissermaßen von jener „Ganser Krankheit“ befallen gewesen, die sie zu Pessimisten für die Nation und zu Optimisten für den Völkerverbund werden ließ. Er dagegen sage: „Optimistisch bin ich auf mein Volk und pessimistisch bin ich auf Gens und den Völkerverbund.“ Deutschland sei nie friedliebender gewesen als in dem Augenblick, da es der bisher so wenig erfreulichen Atmosphäre dieser Zeit den Rücken gekehrt habe. Das ganze deutsche Volk stehe hinter der Regierung, wenn sie gegenüber demütigenden Zumutungen erkläre: Wir wollen den Frieden, aber wir lassen uns nicht behandeln wie eine Nation zweiten Ranges! Die Ehre sei genau so wenig ein leerer Wahn,

wie es die Irene sei; man könne ohne sie auf dieser Welt nicht leben. Deutschland wolle den Frieden und nichts als den Frieden, aber es sei entschlossen, in Zukunft zu keiner Konferenz, in seinen Bund zu gehen, in keine Konvention zu treten, gar nicht zu unterschreiben, solange es nicht als gleichberechtigt behandelt werde!

Jegdwem gebe es eine Grenze, unter die man nicht gehen dürfe, sonst sei man nicht würdig ein Volk zu führen.

Die Propaganda für diese Wahl, fuhr Redner fort, sei getragen vom größten Ernst, denn diese Wahl sei moralisch einwandfrei und werde für das Lebensrecht der Nation geführt.

Die Wahlpropaganda der Partei müsse in diesem Rahmen gesehen und unter Zurückstellung alles Unwesentlichen auf diese ganz großen Fragen konzentriert werden.

Die innere Freiheit und Geschlossenheit der Bewegung müsse mehr denn je in die Erscheinung treten. Das große Werk der Versöhnung im deutschen Volk, das der Nationalsozialismus begonnen habe, müsse nunmehr seine Krönung finden. Auch unseren früheren innenpolitischen Gegnern würden wir im Zeichen dieses Ringens der ganzen Nation entgegenkommen und ihnen die Hand reichen, wenn sie beweisen, daß sie die Bekennner der deutschen Ehre und Friedensliebe seien.

Böhmische Landesvertretung Fortsetzung der Budgetdebatte

Die böhmische Landesvertretung setzte gestern die Spezialdebatte über das Budget fort. Zum Kapitel „Gewerbe“ sprach

Genossin Schaller.

aus deren Rede wir nachstehende Stelle über die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Gewerbe und Handel anführen:

Die Not der Arbeiter hat die Not der Bauern und des Gewerbestandes zur Folge und darum ist es notwendig, daß für die Arbeiter Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn aber Land, Staat, Bezirke und Gemeinden Arbeit schaffen, so müssen wir auch darauf dringen, daß bei diesen Arbeiten die

Vierzigstundenswoche durchgeführt und eingeführt wird.

Tenn dadurch, daß wir die verkürzte Arbeitszeit einführen, ist es möglich, mehr Arbeiter zu beschäftigen. Man soll nicht wieder auf die Unternehmer hören, die auch bei solchen Arbeiten trachten, möglichst viel an sozialen Lasten zu erparen und lieber weniger Menschen, jedoch mit Überstunden, arbeiten zu lassen. Es ist heute überhaupt das Bestreben vorhanden, die fehlende Konjunktur dadurch zu erzeugen, daß man sich bemüht, länger arbeiten zu lassen und im Handel und Gewerbe die Geschäfte länger offen zu halten.

Wir haben schon mehrfach darauf verwiesen, daß die in diesen Betrieben Arbeitenden verlangen man möge endlich die Sonntagsruhe einführen und daß man schließlich daran denken solle, an dem sogenannten Silbernen und goldenen Sonntag vor Weihnachten eine Remedur zu schaffen.

Genossin Schaller wiederholte deshalb die Forderung nach einheitlicher Regelung dieser Frage in ganz Böhmen und verwies darauf, daß auch die tschechischen Sozialdemokraten in einem Resolutionsantrag denselben Standpunkt vertreten.

Zum Kapitel „Gesundheit und soziale Fürsorge“ sprach

Genossin Deutsch

Sie führte u. a. aus: Jede Kritik geschieht an der Möglichkeit der Erfüllung der Verpflichtungen, die das und auf sich zu nehmen hätte, angesichts des Budgets des Landes, das erkennen läßt, daß die notwendigen Maßnahmen, welche diese außerordentliche Notzeit erfordert, nicht ergriffen werden können, weil dies die Finanzlage des Landes nicht erlaubt. Und so sehen wir auch in diesem Voranschlag wiederum, sehen es von Jahr zu Jahr, daß die Summen, welche wir für die soziale Fürsorge aufzuwenden vermögen, ziemlich gleich bleiben, während im ganzen Lande die Arbeitslosigkeit steigt.

Wir stehen tief erschrocken vor der Tatsache, wie furchtbar die Verfallserscheinungen sind, die Not und Hunger heraufbeschworen haben.

Rednerin befaßt sich dann mit der Anstalt für geliehene Kinder in Dopsan. Ende 1930 gab es in Dopsan 453 Pflegekinder, von denen 122 deutscher Nationalität waren, das ist ein Drittel der Kinder. Trotzdem ist keine deutsche Schutzklasse dort. Weiter beschäftigt sich die Genossin Deutsch mit dem Kampf gegen die Tuberkulose und den Alkoholismus. Dabei werden die bestehenden Einrichtungen einer sachlichen Kritik unterzogen und der Ausbau derselben gefordert. Besonders Aufmerksamkeit erregte die Schilderung der Genossin Deutsch über den Einbruch, den sie und die anderen Teilnehmer einer Exkursion in das Heim in Kostenblatt gewonnen haben. Dem früheren Schein dieser Anstalt entspricht die innere Einrichtung keineswegs, das geht schon aus der Feststellung hervor, daß die dort untergebrachten Frauen keine Badegelegenheit haben. Genossin Deutsch fordert auch hier mehr soziales Verständnis und stellt eine Reihe zweckmäßiger Anträge, die das Heim wohlthätiger machen und das Leben der Anassen erleichtern sollen.

Die Vertreter der Zentralsozialversicherungsanstalt

beim Ministerpräsidenten und beim Minister für soziale Fürsorge.

Gestern vormittags sprach eine Abordnung, bestehend aus dem Vorsitzenden der Zentralsozialversicherungsanstalt, Genossen Hampl, sowie Sen. Novak und Abg. Dubicky beim Minister für soziale Fürsorge, Genossen Dr. Cech vor und richtete an ihn das Ersuchen, auf die möglichst baldige Gesetzgebung der vom interministeriellen Komitee für die Zentralsozialversicherungsanstalt vorgelegten Novelle hinzuwirken.

Genosse Hampl leitete die Erörterung ein, in deren Verlauf die beiden anderen Mitglieder der Abordnung zu Wort kamen, worauf Genosse Dr. Cech mitteilte, daß das Ministerium die baldigste Gesetzgebung der Novelle wünscht, daß er in diesem Sinne bereits die notwendigen Vorkehrungen getroffen hat und auch in Zukunft dahin wirken wird, daß der im interministeriellen Komitee einmütig zustande gekommene Entwurf raschstens der Verwirklichung zugeführt wird.

In derselben Angelegenheit haben die Mitglieder der vorgenannten Abordnung mit Genossen Taub beim Ministerpräsidenten Malypetr vorgeprochen. Der Ministerpräsident hat in Aussicht gestellt, daß die Verhandlung der Novelle der Sozialversicherung unmittelbar nach Verabschiedung der dringenden Vorlagen und des Budgets, die gegenwärtig die Regierung beschäftigen, in Angriff genommen werden wird.

Goerings Adjutant als erster im Gang!

Blamierter Belastungszeuge gegen Popoff — Die SA im Präsidentenpalais

Prag, 18. Oktober. Das wichtigste Ergebnis der gestrigen Verhandlung war die Aussage des Amtgehilfen Kohl über seine „Einvernahme“ durch Goering. Der heutige Prozesstag hat eine nicht weniger sensationelle Tatsache gebracht: der persönliche Adjutant Goerings, ein SS-Führer Weber, hat nach dem Ausbruch des Brandes als erster den unterirdischen Gang betreten! Zwar wäre es selbstverständlich gewesen, daß er seinen Herrn zunächst zum Reichstag fährt und dann in seiner Nähe bleibt; aber er hatte nichts anderes im Sinn, als möglichst rasch in den Gang zu kommen — zweifellos um nachzusehen, ob alles in „Ordnung“ war. Und siehe, er hat alles in Ordnung gefunden!

Und keinem Gericht, keinem „Verteidiger“ fällt ein, zu fragen, warum sich Herr Weber schnurstracks ausgerechnet in den unterirdischen Gang begeben hat.

Die Kette schließt sich langsam. Goering, der der Brandstiftung bisher nur verdächtig war, wird bald überführt sein. Nur scheint das Gericht nichts davon zu bemerken.

Zu Beginn der Verhandlung gibt der Vorsitzende Bürger bekannt, daß einige Zeugen aus Moskau über den dortigen Anhalt Tancsics und Popoffs vernommen werden. Auch die Ladung des früheren Deputierten für das Feuerlöschwesen, Adrenis, wird erfolgen. Der Antrag Dimitrows, ihm das Brandbuch anzuhändigen, wird abgelehnt. Dimitrow stellt fest, daß ihm sein Verteidiger nicht sagt, welche Stellen des Brandbuches mit dem im Prozeß zitierten im Zusammenhang stehen. Der „Verteidiger“ Teichert hat die Stille zu sagen: „Tatsachen stehen ja bekanntlich im Brandbuch nicht drinnen“.

Sodann stellt der Vorsitzende an den Reichstagspräsidenten Wodwa die Frage, ob die Wappen der Abgeordneten und ihrer Begleiter an dem Reichstagsportal kontrolliert wurden. Der Vorsitzende bezieht sich, aus der verneinenden Antwort zu folgern, daß also große Mengen Brandmaterials auf diese Weise in den Reichstag gebracht worden sein könnten.

Schritte im Gang

Der Nachbarn des Reichstagspräsidentenpalais, Adermann, gibt an, er habe mühen auf seinem Grundstück verschiedene Kontrollkästen stehen, deren Leuchte sich an der Tür zum unterirdischen Gang befunden habe. Diese Tür sei manchmal offen gewesen, dann habe er sie geschlossen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nach acht Uhr abends jemand durch das Präsidentenhaus in den Gang gelangt ist, gibt der Zeuge eine verneinende Antwort. Er habe mühen in seiner Loge hören, ob jemand im Gang gewesen ist. Er bezeichnet es als ausgeschlossen, daß zehn oder mehr Männer durch den Gang gekommen sein sollen. Doch sagte er auf eine Frage des Vorsitzenden, daß mehrmals zwischen 11 und 1 Uhr nachts, das letzte Mal etwa zehn Tage vor dem Brande, Schritte im Gang zu hören gewesen seien. Er habe jedoch angenommen, daß man kontrolliert habe, ob die Nachwache schlafte. Im Präsidentenhaus sei keine SA- oder SS-Wache von 30 Mann gewesen. Er habe nie bemerkt, daß im Keller Material für die Brandstiftung aufgehängt gewesen sei. Zeitlich ist, daß der Zeuge keine Wahrnehmung über die Schritte im Gange zwei Vorgefunden gemeldet hat, daß man aber nicht etwa Nachforschungen anstellte, sondern ihn lediglich beauftragte, künftighin gut aufzupassen.

Die SA im Präsidentengarten

Angeklagter Torgler: War nicht eine weitere Möglichkeit, in das Präsidentenhaus zu gelangen, dadurch gegeben, daß man vom Reichstagsportal aus durch das Beamtenhaus hineinkam, ohne daß Sie es kontrollieren konnten?

Zeuge Adermann: Diese Möglichkeit bestand zwar; aber wenn wir um acht Uhr unseren Dienst antraten, gingen wir hinten zur Garagenstraße. Also konnte auch von hinten niemand in das Haus hinein, ohne daß wir es beobachten konnten.

Torgler: Ist es richtig, daß fast täglich im Garten des Präsidentenpalais SA- oder SS-Leute mit einem Hund herumtollten? Ich komme zu dieser Frage, weil wir von unserem Fraktionszimmer aus direkt in den Garten hineinschauen und das beobachten konnten.

Zeuge: SA-Leute kommen nicht in Frage. Der Herr Präsident hat eine Stabwache gehabt und er hatte auch einen Hund. Da ist öfter ein SA-Mann mit dem Hund in den Garten gegangen.

Torgler: Es waren aber meist mehrere, nicht einer.

Zeuge: Tagsüber bin ich nicht da. Ich konnte nur nachts meine Beobachtungen machen.

Damit ist die Vernehmung dieses Zeugen zunächst abgeschlossen.

Die Mitglieder des Gerichtes begeben sich nun unter Führung des Betriebsingenieurs Risse zur Inaugenscheinnahme in den unterirdischen Gang.

nicht im Präsidentenhaus gewesen. Auf eine Frage Dr. Sads gibt der Zeuge an, daß niemals eine SA-Wache das Präsidentenhaus besucht habe. Die Herren in Uniform seien „nur Besucher“ gewesen.

Auch der Wörner Müller betonte, daß eine SS-Wache von 30 Mann nicht im Präsidentenpalais gewesen sei. SA-Leute seien nur im Präsidentenhaus gewesen, wenn Goering als Reichstagspräsident Besprechungen abgehalten habe.

Der Drogist Weber, der als Führer eines SS-Kommandos ständig zum Gefolge Goerings gehörte, betonte, sofort nach dem Erhalten der Meldung über den Brand Goering im Auto an den Brandplatz gefahren und „auf Befehl des Hauptmannes Jakob“ zusammen mit drei Schupos den Gang durchsucht zu haben.

Der Zeuge Bogun, der Popoff schon einmal

besuchte, schildert nochmals seine „Wahrnehmungen“ an dem Portal II. Er erzählt genau, wie sich der Mann, den er dort gesehen haben will, benommen hat. Bei der Gegenüberstellung mit Popoff habe er gestutzt, denn er habe geglaubt, den Mann wiederzuerkennen, der sich am Portal II zu schaffen gemacht habe. Er müsse heute dasselbe sagen wie bei der ersten Einvernahme.

Es wird festgestellt, daß die verschiedenen Aussagen des Zeugen Bogun sehr widersprüchlich sind, und Popoff erklärt, vor seiner Verhaftung ganz anders ausgesehen zu haben als am Tage seiner Gegenüberstellung mit dem Zeugen. Bogun hob über seine Popoffs, Kopfbedeckung, fünf einander widersprechende Aussagen gemacht.

Sodann werden die Verhandlungen bis Freitag vertagt.

Tagesneuigkeiten

Die Brüder von Galtensfaltung vor dem Schwurgericht.

Eger, 18. Oktober. Vor dem Egerer Schwurgericht begann heute der auf vier Tage anberaumte Prozeß gegen die Brüder Anton und Johann Weiß aus Galtensfaltung. Ersterer ist angeklagt des Mordes an der Lehrerin Marie Fritsche im Herbst 1928, weiterer des Mordes an der Obsthändlerin Zofie Kraus in Asch im Jahre 1929, letzterer der Mittäterschaft an der Ermordung des Nachwächters Koller in Promenhof im Mai d. J. Die Angeklagten sind auch einer fast unübersichtlichen Anzahl von Eigentumsdelikten aller Art angeklagt. Sie stahlen etwa seit 1928 einander allein oder in Gemeinschaft mit anderen Diebsgenossen, was ihnen in die Hände fiel, Bettfedern, Kleidungsstücke, Bargeld usw. Der heutige Prozesstag galt dem Beweisverfahren über diese Eigentumsdelikte. Anton Weiß gestand in den meisten Fällen die ihm vorgeworfenen Vergehen und Verbrechen ein, und leugnete lediglich in den Fällen, in denen er seinen Bruder nicht belasten wollte. Morgen wird der Mord in Promenhof, am Freitag der Mord in Asch und am Samstag der Mord an der Lehrerin Fritsche behandelt werden. Das Urteil dürfte Samstag abends gesprochen werden. Den Vorsitz bei der Verhandlung führt Gerichtsrat Hoyer, die Anklage vertritt Staatsanwalt Willkommner. Die Angeklagten sind von Dr. Bernhardt und Dr. Krieglsteiner verteidigt. Der Antrag zur heutigen Verhandlung war ungemein groß, so daß der Saal schon lange vor Beginn der Verhandlung durch ein großes Aufgebot von Wache gesperrt werden mußte.

Der Letzte einer Räuberbande.

Mährorod, 18. Oktober. Die hiesige Polizei verhaftete heute nachts das letzte Mitglied der Sidor-Räuberbande Hermann Weiß in seiner Wohnung in Mährorod. Weiß war mit einem scharf geladenen Gewehr bewaffnet. Als Mitglied der genannten Räuberbande beteiligte sich Weiß seinerzeit an dem Mieberfall des Kaufmanns János Grünbaum in Gejovec, worauf er nach Ungarn floh. Gestern kehrte Weiß aus Ungarn nach Mährorod zurück und wurde verhaftet, so daß heute die ganze Sidor-Räuberbande hinter Schloß und Riegel liegt.

Aus dem Hentertkaat.

Referat, 18. Oktober. Der 33 Jahre alte Arbeiter Emil Schiller aus Petersmühle (Kreis Schwernin an der Warthe) wurde heute morgens hingerichtet. Schiller hatte einen Landwirt aus dem Hinterhalt erschossen.

Gefährlicher Räuber entsprungen.

Mähr-Ostrau, 18. Oktober. Heute früh während des Spazierganges der Gefangenen im Hofe des Kreisgerichtes in Mähr-Ostrau ist der 35jährige Räuber Vlad. Musial entsprungen, indem er über die viereinhalb Meter hohe Mauer in den Hof des Gerichtesgebäudes und von dort auf die Gasse gelangte. Die sogleich aufgenom-

mene Verfolgung blieb bisher erfolglos. Vlad. Musial wurde gestern vom Kreisgericht in Mähr-Ostrau zu achtzehn Monaten schweren Kerkers für einen Raub beim englischen Konsul in Brünn-Neumarkt verurteilt, dem er für 100.000 Kr. Pretiosen raubte. Musial war auch in Untersuchung wegen eines Mordversuches an einem Polizeiergän in Spanien, als er als Führer einer Rauberbande verfolgt wurde.

Rauchgasbombe in einem Wiener Bohnhaus

Wien, 18. Oktober. Gestern um 20.15 Uhr ereignete sich im Hofe eines Hauses am Rennweg eine Explosion. Ein im Hofe völlig unbekannter Burche brachte eine Rauchgasbombe zur Entzündung. Der Täter lief dann rasch auf die Straße, wurde aber von Hausbewohnern und einem Kriminalbeamten verfolgt. Auf der Flucht zog er einen Revolver aus der Tasche und gab gegen seine Verfolger drei Schüsse ab, die jedoch niemandem verletzten. Der Burche konnte in der Dunkelheit entkommen.

Riesendampfer fährt auf eine Untiefe.

Marseille, 18. Oktober. Der auf einer Fahrt von London nach Bombay und Karachi befindliche Riesendampfer „City of Paris“ ist unweit Marseille bei der Mündung des Flusses Lony auf eine Untiefe aufgefahren. Der Dampfer führt 200 Passagiere mit sich. Verläufig denkt man nicht an deren Ausschiffung, doch könnte die jetzt dort herrschende schlechte Witterung den Dampfer gefährden.

Militärflugzeug abgestürzt.

Paris, 18. Oktober. Unweit Nancy stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Pilot, ein Reserveoffizier, fand den Tod. Der Beobachter wurde verletzt.

Ziehung der Klassenlotterie

100.000 Kr.: 25.146.
30.000 Kr.: 35.711.
10.000 Kr.: 10.126, 26.727, 31.760, 54.883, 89.890, 102.222.
5.000 Kr.: 17.094, 20.120, 21.500, 21.575, 26.769, 39.303, 50.574, 51.140, 57.572, 58.279, 61.735, 64.987, 73.533, 75.198, 77.484, 81.216, 82.975, 84.843, 97.482.
2.000 Kr.: 7.334, 6.112, 7.467, 8.591, 11.194, 11.289, 11.513, 13.343, 13.545, 16.072, 16.652, 18.189, 21.445, 22.486, 23.126, 23.850, 25.004, 26.407, 32.449, 32.507, 32.972, 34.320, 34.327, 38.536, 41.766, 43.741, 45.310, 46.836, 49.315, 49.602, 50.120, 54.856, 55.533, 56.553, 58.609, 56.625, 61.984, 62.845, 62.917, 64.837, 67.800, 68.733, 70.007, 70.165, 70.219, 71.209, 74.062, 74.100, 75.467, 75.794, 76.164, 77.334, 80.518, 81.499, 82.893, 83.315, 83.713, 88.571, 93.644, 96.352, 100.781, 101.574, 102.529, 104.163, 104.326.
1.200 Kr.: 5.029, 9.594, 19.452, 30.842, 35.257, 37.584, 38.921, 41.002, 43.848, 44.881, 47.361, 50.833, 55.480, 55.911, 70.072, 73.709, 92.850, 103.734.

Genosse Nicole frei. Der Schweizer Genosse Nationalrat Nicole hat Dienstag das Gefängnis von St. Antoine verlassen, nachdem er seine ihm von den Bundesassisen zudiktierte Strafe verbüßt hat. Dienstagabend fand eine große sozialistische Kundgebung im Palapalais statt.



Franz E. Sillanpää, Finnland (links)

Aussichtsreiche Nobelpreis-Kandidaten

Die diesjährigen Nobelpreissträger werden in Kürze bekanntgegeben werden. Als ein sehr aussichtsreicher Kandidat für den Nobelpreis der Literatur gilt der finnische Dichter Sillanpää, der vor allem durch seinen Bauernroman „Siija“ über Finnlands Grenzen hinaus bekanntgeworden ist. Als voraussichtlicher Träger des Nobelpreises für Chemie wird der französische Bakteriologe Prof. Dr. Levaditi genannt, der ein prominentes Mitglied des Pariser Pasteur-Instituts ist.



Prof. Dr. Levaditi, Frankreich (rechts)

Vom Rundfunk

Der Kinderchor der Auffiger Volksschulgemeinde im deutschen Schulfunk.

Es war ein glücklicher Gedanke, im Rahmen der deutschen Schulfunksendungen den Kinderchor der Auffiger Volksschulgemeinde auftreten zu lassen. Denn Kinder als ausübende kleine Künstler finden entschieden mehr Aufmerksamkeit bei der Schulfunkjugend als nach so vorzügliche erwachsene Vortragende. Auch in der Art der von Kindern bewirkten Darbietungen liegt es, daß sie den Kindern näher liegen und von ihnen besser verstanden werden. Man sollte darum die Kinder im Schulfunk öfter selbst zu Worte kommen lassen. Wenn nun gar — wie im Falle des Auftretens des Auffiger Kinderchores — Kinder der breitesten Volksschichten im Schulfunk zu ihren Kameradinnen und Kameraden sprechen, finden sie bei der Masse der Schulfunkjugend erst recht besonderes Interesse. Auch vom musikalisch-pädagogischen Standpunkte aus war es sehr gut, die Auffiger Kinderchöre einmal im Schulfunk singen zu lassen, damit ihr künstlerisches Beispiel allen anderen Kindern als Vorbild zur Nachahmung dienen kann. Denn beispielsweise in Prag bemüht man sich schon etliche Jahre vergeblich, einen Kinderchor zu bilden und künstlerisch heranzubilden. Der Auffiger Kinderchor ist nun in Wahrheit ein Musterbeispiel dafür, daß Kinderchöre möglich sind, daß sie künstlerische Aufgaben erfüllen können und für die Kinder selbst den größten Wert haben — als Quell der Freude für die Kinder und zu ihrer musikalischen Erziehung. Wie ausgezeichnet Kapellmeister Professor Leo Franz seine singende Kinderchor gestaltet hat, zeigte auch die diensttägige deutsche Schulfunksendung, bei der eine Kinderoper von Georg Blumenfaat „Wir bauen uns ein Auto und fahren um die Welt“ zur Ursendung gelangte. Es ist keine wirkliche Kinderoper mit einer in sich geschlossenen und einen bestimmten Gedanken zum Ausdruck bringenden Handlung, sondern eher eine musikalisch illustrierte Hörsage von Szenen aus Stadt und Umland, wie sie die Kinderphantasie sich vorstellt. Aber diese Szenen sind richtig für den Kinderverstand gemacht und musikalisch sehr originell und charakteristisch gestaltet, wie z. B. die eigentümliche Hauptzene im afrikanischen Umland. Verbindende Rahmentexte (von Adolf Troppschuh) erläutern den Zusammenhang der Szenen; gesungene Chorlieder, Sprechchöre, kleine Soli für Gesang mit Chorrefrain und kleine instrumentale Zwischenspiele bilden ihr formales Rückgrat.

Alle Mitwirkenden — Solisten, Sprechchöre, Singschöre und sogar das Orchester — rekrutierten sich aus Kindern und Jugendlichen, so daß der Charakter des Wertes als Kinderstück auch hinsichtlich seiner Aufführung gewahrt blieb. Diese Aufführung selbst war stimmungsvoll und von sorgfältigster Sauberkeit; sie offenbarte nicht nur den ungeheuren Reichtum des musikalischen Leiters und Breiters Leo Franz, sondern auch die vorzügliche Schulung und musikalische Ausbildung, die dieser vielbewährte Musiker seinen Kinderchören zuteil werden läßt. Die Begeisterung aber, mit der unsere tüchtigen Auffiger Kinderchöre bei ihrer Aufgabe waren, war sogar in der Fernübertragung durch den Rundfunk fühlbar. E. J.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
Prag: 10.30: Schulfunk 12.10: Schallplatten. 15.30: Schallplatten. 18.30: Deutsche Sendung: Dr. Schner: Der moderne Straßenbau. 19.05: Englische Konversation. 19.30: Aus dem Nationaltheater. 22.30: Russische Berichte. — Brünn: 12.35: Mittagskonzert. 15.40: Frauenfunk. 18: Aktualitäten der Woche. 18.25: Deutsche Sendung: Sportbericht. — Kallau: 16.30: Populäres Orchesterkonzert. — Wien: 15.20: Elektrizität in der Küche. 18.35: Aus der Werkstatt des Psychotechnikers. 20.45: Aus unvollendeten Werken. 22.35: Abendkonzert. — Heilsberg: 21: Abendkonzert. — Leipzig: 20: Jar und Zimmermann, Oper von Lortzing. — Berlin: 16.30: Mozart.

3664 Truhabonnements der „Arbeiter-Zeitung“. Der Dienstag hat der „A.Z.“ 279 neue Truhabonnements gebracht, so daß die Gesamtsumme auf 3664 steigt.

Die deutschen Brief-Diebereien. Den Vorschriften zuwider sind mehrfach Postsendungen an die diplomatischen Vertretungen ausländischer Staaten in anderen Staaten sowie an Dienststellen des Völkerbundes zur Devisennachschau (!) zollamtlich geöffnet worden. Nach den bestehenden Vorschriften soll aber bei derartigen Sendungen eine Nachschau in keinem Falle stattfinden. Wie das VZB-Büro meldet, hat der Reichspostminister deshalb angeordnet, daß diese Sendungen stets unaufgehalten auf dem nächsten Wege nach dem Bestimmungsort zu befördern sind.

Polizeiterrror in Bulgarien. Samstag morgens wurde das Klublokal der Arbeiterpartei in Sofia von der Polizei überfallen und alle Arbeiter, die sich in diesem Lokal befanden, es waren über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen, verhaftet. Im Polizeikommissariat wurden sie durch eine Doppelfreihe von Polizisten durchgeführt, wobei die Verhafteten schrecklich geschlagen wurden. Später wurden ungefähr 180 Arbeiter entlassen, nachdem sie nochmals mißhandelt worden waren. Die übrigen Verhafteten wurden behalten.

Herr Abg. Dr. Bacher,

Ihre Antwort bestätigt die Wichtigkeit unserer Haltung!

Herr Abg. Dr. Franz Bacher beantwortet unsere kürzlich an ihn als Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft der deutschen Presse gerichtete Frage, wohin er diese Organisation führe, nicht öffentlich, sondern durch ein gedrucktes, von der Reichsgewerkschaft an ihre Mitglieder verbreitetes Zirkular von Zeitungsseitenlänge. Wir hoffen, länger bleiben zu können.

Herr Dr. Bacher gibt zu, daß er „vornehmlich gegen die Kampfweise des Sozialdemokraten“ jene Vorrede veranlaßt hat, zu der unser Vertreter nicht geladen war. Daß Herr Dr. Bacher, wie er feststellt, schon früher ähnlich vorbereitende Besprechungen mit nur Teilen des Vorstands abhielt, ist für uns neu, zeigt aber nur, daß Herr Dr. Bacher eben schon früher nicht gewußt hat, wie ein Gewerkschaftsvorstand, in dem wir uns solche fraktionäre Beratungen einfach nicht gefallen lassen, demokratisch zu führen ist. Daß Herr Dr. Bacher zu jener in Rede stehenden Sitzung auch einen Vertreter der kommunistischen Presse eingeladen hat, macht die Sache für ihn nicht besser; denn auch ein solches „Alibi“ ändert nichts an unserer, von Dr. Bacher nun bestätigten Meinung, daß es sich um eine Sitzung gegen uns handelte. Und da der kommunistische Vertreter nicht erschien, waren eben die Herren mit bürgerlicher Weltanschauung allein in ihrer Verantwortung gegen uns. Herr Dr. Bacher erklärt, daß er sich das Recht zur Veranstaltung solcher Vorbesprechungen nicht nehmen lasse. Das schafft wenigstens eine klare Situation. Denn wir haben wiederum nicht die geringste Neigung, uns unter solchen Umständen den Maßnahmen einer Gewerkschaft auszuweichen, in der Herr Dr. Bacher selbstherrlich vorgeht, ohne auf unsere Anschauungen Rücksicht nehmen zu wollen. Daran könnte auch kein etwaiges Vertrauenspotium der bürgerlichen Journalisten für Herrn Dr. Bacher etwas ändern.

Und dies um so weniger, als die übrigen Ausführungen Dr. Bachers nur bestätigen, daß er die Gewerkschaft scheinbar entpolitisiert will, sie in Wirklichkeit aber erst recht politisiert, indem er sie dazu benützt, sie gegen uns unter politischen Kampfbegriffen der Reichsgewerkschaft nicht zugeht, zu beeinflussen. Er spricht von „persönlichen Angriffen“, vom „Ansehen des Staates“, von „Invektiven persönlicher Art“, ja selbst von „journalistischer Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit“. Soweit das als an unsere Adresse gerichtet aufgefaßt werden soll, können wir es entschieden ab, uns von Herrn Dr. Bacher oder von sonst jemandem darüber Belehrungen erteilen zu lassen. Insbesondere die Herren aus der Leitung der Redaktion des „Auder-Briefes“, aus der Munde der eigenartigen Braunbuch-Deuter, aus der Gilde jener Anonymen, die nationalsozialistische Attentäter in sozialdemokratische Umkleidekabinen, sind uns hierin aber schon gar nicht kompetent! Für unsere Anonymität, über die Herr Dr. Bacher zu Bericht zu sitzen sich anmaßt, haben wir Redaktion des „Sozialdemokrat“ in allen Fällen solidarisch, und auch im Falle der Anfrage an Herrn Dr. Bacher handelt es sich um eine gemeinsame Willens- und Gedankensammlung sämtlicher Redakteure des „Sozialdemokrat“ — deren Namen Herr Dr. Bacher beim Gewerkschaftssekretär erfragen kann! Dazu kommt freilich noch, daß wir unsere Stellung in diesem Falle in dem Bewußtsein besetzen, daß sie von sämtlichen sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsgewerkschaft geteilt werden wird.

Politik wird von Personen gemacht. Und wir lassen uns weder von der Reichsgewerkschaft noch von sonst jemandem vorzeichnen, wann und wie wir politische Gegner namentlich angreifen dürfen. Und wenn jemand die Konsequenzen seiner politischen Haltung unangenehm zu fühlen bekommt, so soll er das mit sich, aber nicht mit der Gewerkschaft abmachen. Aber aber er soll zum Herrn Kauder gehen, der durch Kennung eines und mehrerer Journalistennamen in seinem von Herrn Dr. Bacher bisher unbeantworteten, aber auch von rein journalistischen Standpunkt sehr merkwürdigen Brief auch die Existenz eines „Bohemia“-Redakteurs „in hohem Maße gefährdet“ hat.

Herr Dr. Bacher gibt zu, daß auch der Fall Karg — wegen der „außerordentlichen“ Chiffre — auf der Tagesordnung der Vorbesprechung der ordentlichen Sitzung stand. Was Herr Dr. Bacher, ohne auf unsere Anschauung über den eigenen lichen Sinn jeder Chiffre einzugehen, im Zusammenhang damit über „Mißbrauch“, „Achtung vor dem Redaktionsgeheimnis“, „Ansehen des Staates“ als

Lass' alle Aluminium-Sachen von dieser Putzfrau sauber machen



Aluminium-Putzen mit VIM macht wirklich Freude! Wie schnell und mühelos das geht: Erst wäscht das seifenhaltige VIM den Schmutz ab. — Dann poliert man trocken nach — und schon blitzt alles Aluminium silberhell wie nie zuvor! Dabei schafft schon ein wenig VIM erstaunlich viel: Wenn Sie VIM benutzen, sparen Sie beim Putzen!



die Putzfrau in der Dose

„ungehörig“ erzählt, hat für uns nur die Bedeutung von Phrasen. Und daß der Fall Karg nur eine „untergeordnete“ Rolle spielte, ist neben-sächlich. Eine Rolle hat der Karg gespielt — das haben wir festgestellt, das bestätigt Herr Dr. Bacher und damit bleiben alle Konklusionen, die wir daraus knüpfen, aufrecht.

Wir haben Herrn Dr. Bacher offen gefragt und unsere Absicht, von ihm zu hören, wohin er die Reichsgewerkschaft steuere, klar ausgesprochen. Wir betrachten es daher als einen neuen Hebergriff Bachers, wenn er nun seinen Kollegen nahelegt, „zwischen den Zeilen“ unserer Anfrage zu lesen. Herr Dr. Bachers Antwort, die damit schließt, daß er erklärt, er wolle nur das „ideelle und materielle Wohl aller Mitglieder ohne Rücksicht auf ihr politisches Bekenntnis wahren und fördern“, ist für uns absolut unbefriedigend! Ohne Rücksicht auf das politische Bekenntnis. Dazu gehört eben vor allem, daß die Reichsgewerkschaft oder Teile ihres Vorstandes nicht mobilisiert werden, wenn es sich um politische Angelegenheiten handelt, wie sie die sozialdemokratischen Angriffe auf bürgerliche Zeitungen und Journalisten wegen ihrer politischen Haltung darstellen.

Herr Dr. Bacher gibt damit, daß er die Angriffspunkte bestätigt, aber, im Vertrauen auf die Unterstützung durch bürgerliche Gewerkschaftsmitglieder, die von ihm zu verantwortenden Fehlmagnahmen der Gewerkschaft durchaus und in keinem Punkte als solche will gelten lassen, sehr eindeutig zu erkennen, wie es um seinen Demokratismus, auf den er sich in seiner Antwort unangefochten beruft, bestellt ist. Wir aber wollen und können an solcher „Demokratie“ nicht mitschuldig werden!

Weltpresse-Ausstellung in Pardubitz.

Pardubitz ist eine wunderschöne alte Stadt. Grünkupferne Tortürme stehen vor verträumtem Marktplatz. Schönegebäude Häuser sitzen um vergoldete Brunnen. Pardubitz macht auch berühmte Pferderennen und es hat ein modern gebautes Industrie-Museum.

Warum soll Pardubitz also nicht auch eine Weltpresse-Ausstellung machen?

Und Pardubitz macht es. In Prag künden Plakate davon. Ueber dem neuen Industrie-Museum der Stadt wehen die Fahnen der Republik.

Wir treten ein durch das graue Kunststeinportal, steigen Stufen aufwärts und stehen — stehen zwischen zwei Tischen. Auf dem einen liegen bunt gehäufte Zeitungen der Tschechoslowakischen Republik; auf dem anderen liegt, ebenso unsortiert, die fascistische Presse Italiens.

Wieso? fragst du dich. Wanderer frage nicht, schreite weiter. Es ist das unsortierte Symbol der Ausstellung und es bedeutet sonderbarer Weise nichts.

Dafür, daß wir so brav weitergegangen sind, werden wir wirklich auch belohnt. Wir finden im ersten Raum eine saubere, übersichtliche Darstellung des langen, beschwerlichen Weges, den Redaktion und Druckerei des Ceskoslovensky Dens am Ausgang des Weltkrieges von Klein bis

Prag zurücklegten. Zusammen mit der tschechoslowakischen Auslandsarmee in Rußland bewältigte die Zeitschrift — auf dem Umweg über Wladivostok — eine Strecke von nahezu 31.300 Kilometern. Neben dieser interessanten Darstellung finden wir anschließend die Zeitungen tschechischer Sprache aus der ganzen Welt.

Weniger erschüttert ist, warum sich diesem geschichtlichen Rückblick und dem geographischen Spaziergang eine italienische Reklamefestschau anschließt. Neben der Presse Italiens und dem Bildnis Mussolinis gibt es eine ausgiebige Plakatreklame für Italienreisen. In solcher Unmenschlichkeit haben augenscheinlich Ueberlegungen geführt, die mehr auf den Boden einer Zeitungs-mustermesse, als auf den einer Weltpresseausstellung führen.

Eine politische Spitze haben solche Dinge auf dieser Ausstellung sicherlich nicht. Es hat zum Beispiel das „Právo Lidu“ an ebenso exponierter Stelle einen „Stand“. In diesem gibt es sehr feines und propagandistisch von keiner Arbeit zeugend. Dabei bleibt gerade das „Právo Lidu“ wirklich ganz im Rahmen der Ausstellung. Diese kleine Aufrehtung brauchen wir aber, ehe wir in die steinerne Wüste gehen, die der Saal der Tschechoslowakischen Presse darstellt.

Es ist für die Ausstellung charakteristisch, daß man immer wieder in den organischen Aufbau Sammlungen hineingestopft hat, die zumindest separat gehören. Unter anderem gibt es eine Sammlung von Briefmarken und eine von Zigarrenspitzen.

Im Saal der Tschechoslowakischen Presse nimmt den meisten Platz eine Musiknoten- und eine Blindenschriftsammlung ein. Im übrigen Rest konnte man zwar manche Zeitungen doppelt und dreifach — die Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ in sechzehn verschiedenen Nummern — unterbringen, aber für die gesamte Presse der Deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik hatte man nicht den kleinsten Platz mehr. Ebenjowenig ist die deutschsprachige freie Gewerkschaftspresse vertreten, während jede kleine kommunistische Betriebszeitung zu finden ist.

Diese sonderbaren Lücken sehen auch nicht besser aus, wenn sie nicht aus bösem Willen entstanden sind. Man kann aus mancher anderen Anordnung in dieser Ausstellung allerdings die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die Arrangements gar nicht gewußt haben, daß eine solche Presse existiert.

So sind im großen Saal der ausländischen Presse die Zeitungen Luxemburgs unter Oesterreich eingeordnet. Dem zweimal hinschauenden Besucher beginnt es kalt den Buckel hinterzulaufen. Er gewinnt seine psychische Haltung nur wieder, weil er annimmt, daß hier Luxemburg mit Liechtenstein verwechselt wurde. Nachdem man sich mit diesem Lapsus abgefunden hat, sucht man auf dem noch verbleibenden kleinen Fleck die führenden Wiener Blätter.

Man findet weder die „Reichspost“ noch die „Freie Presse“, noch das „Wiener Journal“. Statt der „Arbeiterzeitung“ hängen da, für die sozialdemokratische Presse Wiens, das „Klein-Blatt“ und die Monatschrift „Der Kampf“.

Deutschland ist neben Magazinen, einer neuen Tanz-, einer Tennis- und einer Hunde-

Unterstützt die Lotterie der Arbeiterfürsorge!



Lose sind zu haben bei den Vertrauensleuten der verschiedenen Organisationen.

Zeitschrift nur durch einen alten „Vorwärts“ vertreten. Das ehrt zwar uns Sozialdemokraten sehr, aber es ist trotzdem für eine Weltpresseausstellung ungenügend.

„Da die reichsdeutsche Presse nicht teilnimmt“ —? hätte man ruhig einige am Wenzelsplatz in Prag ausliegende deutsche Zeitungen erwerben können. Wenn für die reichsdeutsche Presse keine Propaganda gemacht werden soll — durch entsprechenden Ausschnitt und die Anordnung hätte man seiner Meinung klaren Ausdruck geben können. Aber or dem riesigen Presseapparat eines ganzen Landes den Kopf in den Sand stecken, das kann eine „Weltpresseausstellung“ schlecht.

Sehr erfreulich ist nach diesen Dingen die reichhaltige Sammlung der exotischen Presse im großen Ausstellungssaal. Alle diese, uns Europäern geheimnisvoll anmutenden Schriftzeichen sind hier mit Druckerschwärze auf Zeitungspapier gewälzt. Eine ordnende Hand hat liebevoll alle Zeitungen mit Märchen versehen und benannt. Etwas sonderbar wirkt eine Sammlung von deutschem Inflationsspeid, die mitten in dieser Abteilung exotischer Zeitungen und Zeitschriften hängt. Sie kommt sich vor wie ein abgeschossenes feindliches Flugzeug auf einer Landwirtschaftsausstellung.

Hochliterarische Verluftanzüge.

Drei sehr kultivierte, drei sehr begabte, drei sehr angehende Herren haben sieben eine Verluftanzüge aufgegeben. Die drei Herren haben nämlich etwas verloren, was man heutzutage in ihren Kreisen nur allzu häufig verliert, den Charakter, die Gesinnung, den Sinn für Würde! Die drei Herren heißen: Thomas Mann, René Schickele und Alfred Döblin.

Von der sogenannten „literarischen“ Abteilung der staatlichen Abbederei, die man auch mit einem Schlagwortbegriff „Drittes Reich“ nennt, war den drei obengenannten Herren der Vorwurf des „geistigen Landesverrats“ gemacht worden, weil sie einer von einem holländischen Emigrantenverlag herausgegebenen Zeitschrift: „Die Sammlung“, redigiert vom Sohn Klaus jenes Thomas Mann, ihre Mitarbeit zugesichert hatten.

Wie reagierten die drei Prominenten auf den Ehrentitel, den ihnen die braune Barbarei, als Schimpf gedacht, zugelegt hatte? Sagten sie den Unmenschen der Konzentrationslager und SA-Kasernen: Was Ihr „geistigen Landesverrat“ nennt, das ist in Wahrheit der heroische Versuch, dieses Deutschland, das uns trotz allem teuer ist und das Ihr lausendfach geschändet, zertreten und verraten habt, aus Euren zerstörenden Klauen zu retten. Von Euch „Landesverräter“ genannt zu werden, ehrt uns von Euch geachtet zu werden, ist uns Rechtfertigung von unserem Gewissen.

Ach nein, so sprachen die Herren nicht! Sie schickten winselnde Entschuldigungstelegramme nach Berlin, sprachen von „Mißverständnissen“, erklärten der regierenden Bestialität, daß sie über den Charakter der Zeitschrift getäuscht worden seien und was der Selbstbefudlung mehr war.

Die braunen Barbaren nahmen den Kotau der sehr illustren Herren mit grünendem Behagen zur Kenntnis und gaben ihnen „Gegenung“... Eine Gegenung, die in den Augen aller anständigen Menschen zu einer brennenden Schande wurde.

Drei sehr kultivierte, drei sehr begabte Herren haben ihre Gesinnung verloren... Es ist ja nicht viel in dieser Zeit! Und sie haben schließlich auch etwas gefunden... Die Tantiemen des „Dritten Reiches“, die recht nahrhaft sind, auch wenn Blut an ihnen fließt — —. Ais.

Wirtschaftlich ist die Lampe, die das meiste Licht bei geringsten Stromkosten gibt. Gasgefüllte Osram-Lampen wandeln den elektrischen Strom in die nach dem heutigen Stande der Technik größtmögliche Lichtmenge um.



Verlangen Sie immer OSRAM, die lichtreiche Lampe.

PRAGER ZEITUNG.

Unser Zukunftswille.

„Es genügt nicht, daß die tschechische Jugend kämpft, es genügt nicht, daß die deutsche Jugend kämpft, die tschechische und deutsche Jugend muß gemeinsam kämpfen.“ Herzlich wurden diese Worte des Vertreters der Sozialistischen Jugend in Prag, auf der Hauptversammlung der Prager Jugendgruppe des Einheitsverbandes begrüßt und mit stürmischem Beifall begleitet. Rote Fahnen und Marzblüten, Wandzetteln und blaue Hemden der Jugendlichen verließen am Donnerstag, den 12. Oktober, dem Vortragsabend des Doby-Daules in Prag einen jugendlichen, kampfbereiten Charakter. Herzlich begrüßt wurden auch die Worte des Obmannstellvertreters des Verbandes, Gen. Robert Weil, der in keiner bekannten Art, zur Jugend zu sprechen, das Ideal eines sozialistischen Menschen schilderte, das zu erreichen das schönste, aber zugleich auch schwere Ziel unserer Jugend sei. Gen. Svoboda erwähnte das große Werk der Gewerkschaftsjugend von Groß-Prag, die Bildung eines Kreisgewerkschaftsrates beim D. S. C.

Interessant war die Feststellung des Tätigkeitsberichts, daß die Abende im Jugendheim im Odborovy düm, die den Jugendlichen Gelegenheit geben, zwanglos zusammenzukommen, höher: Werbe- und auch Erziehungswirkung verzeichnen, als alle anderen Veranstaltungen. Die Monatsversammlungen, an denen neben den organisatorischen Berichten immer ein interessanter Vortrag eingeschaltet wird, erzielten die höchste Besucherzahl beim Vortrag des Gen. Dr. Lustig über den zeitgemäßen Film und des Gen. Rager über die sozialen Erziehungsmethoden Wiens.

Erfreulich war auch der Bericht der Vertrauensmännerzettel an den Prager Fortbildungsschulen, wo durch die Opferbereitschaft unserer Jungen der Verband eine starke Position und viele neue, gute Mitglieder gewann.

Die Neuwahlen wurden einmütig durchgeführt und der neue Obmann Gen. Georg Kraus von allen Anwesenden aufdringlich akklamiert.

Sammlungen des Roten Kreuzes für die Arbeitslosen. Am kommenden Sonntag wird das Rote Kreuz in ganz Groß-Prag Sammlungen zugunsten der Arbeitslosen veranstalten. Wie im vergangenen Jahre, werden auch diesmal Sammelaktionen durch die Stadt ziehen und Geschenke abholen.

Gerichtssaal

Bertragter Banditenprozeß.

Der Prozeß Urban, Krahulec und Co. unterbrochen.
Prag, 18. Oktober. Die gegenwärtige Schwurgerichtsperiode ist Winterferien ausgesetzt. Einer der ersten Fälle — es handelte sich um eine gefährliche Räuberbande — mußte vertagt werden, weil einer der Angeklagten einen Nervenzusammenbruch erlitt. Kurz darauf mußte ein weiterer Fall vertagt werden, weil sich die Psychiatrie der Angeklagten als notwendig erwies. Und nun mußte auch der große Banditenprozeß contra Urban, Krahulec und Konforten vertagt

Fascismus im Kaffeehaus.

Von Dr. Viktor Rungtoli.

Auf der Terrasse eines Kaffeehauses der inneren Stadt sitzt ein dicker Herr und erklärt einem anderen, daß Hitler ein Schuft ist, Mussolini jedoch ein genialer Staatsmann, dem das ganze italienische Volk „begeistert“ huldigt. Hitler verfolge nämlich die Juden und ihren Geist, Mussolini dagegen nicht; dazu habe der italienische Regierungschef das hohe Verdienst, die „Zümpfe trocken gelegt“ und andere wunderbare öffentliche Arbeiten durchgeführt zu haben. Die Stimme des Sprechenden wird lauter und lauter bei der Verherrlichung Mussolinis, der unbekanntes Herr will offenbar die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf sich und seinen Feldern lenken und mit Kenntnissen aufwarten, die leider seit Jahren in den meisten bürgerlichen Zeitungen zu lesen und aus den italienischen amtlichen Berichten entnommen sind, der Wahrheit aber im geringsten Maße entsprechen.

Den wenigsten ist es bekannt, daß der Gedanke der Judenverfolgung als faschistisches Ableitungsmanöver der öffentlichen Meinung gerade von Mussolini stammt. Das war im Jahre 1923, als der Duce seit wenigen Monaten gegen den Willen der überwiegenden Volksmehrheit und nur dank der königlichen Vertrauensstellung zur Regierung gelangt war. Mussolini erkannte aber gleich nach den ersten Unterdrückungsversuchen, daß er sich durch eine Verfolgung der vierzigtausend Juden Italiens das Wohlwollen des Auslandes und jede Kreditquelle besonders in Nordamerika verschert hätte! Um den Widerstand des Volkes zu brechen, durften Mord, Einferkung, Verbannung und Vertreibung der Segner genügen; das geschah systematisch jahrelang durch die schwarzen Sorden, geschieht heute noch durch das Sondergericht und die politische Bezirksbehörde. Die Juden wurden deshalb als vollwertige Staatsbürger, als sie das

wurden, weil einer der Zeugen, OBR Zupora, erkrankt ist und somit das Gericht nicht vollständig ist.
So blieb dem Schwurgerichtshof nichts anderes übrig, als sich bis zur Wiederherstellung des genannten Zeugen zu vertagen.

Kunst und Wissen

Ein Schmod-Rekord. Im dienstlichen „Neuen Wiener Journal“ — einem Blatt, das sich längst selber genügend charakterisiert hat, war folgende Meldung zu lesen:

„Gisela Verbejrt als Gudula.“

Aus Prag wird uns berichtet: Gisela Verbejrt gastierte dieser Tage im Prager Landestheater in einer von Dr. Eger inszenierten Aufführung des Lustspiels „Die fünf Frankfurter“ von Karl Kähler, in der sie die Gudula Kerschbald darstellte. Die Leistung der Künstlerin erzielte bei Publikum und Presse einen sehr großen Erfolg.

Zusätzlich hat der Schmod, der das aus Prag berichtete, mit der Leistung, über eine Aufführung, die noch gar nicht stattfand, also zu berichten, einen Erfolg erzielt, der, wenn gerecht prägnant, das Ende einer journalistischen Tätigkeit und im übrigen in allen Kreisen bessere Erkenntnis über das Wesen dieses Journals sein müßte.

Konzert am Vorabend des Staatsfeiertages. Das Konzert findet im Abonnement der Serie D 2 statt. Die Abonnenten können aber ihre Abonnementkarten bis Dienstag, den 24. 10., gegen einen von 100 für das Neue Theater für 4 Wochen umtauschen. Beim Konzert: Ermäßigte Preise, Sitzplätze von 2.— bis 48.— Kr. Für Jahresabonnenten des Neuen Theaters und Abonnenten der Philharmonischen Konzerte: Ermäßigung von 50 Prozent. Diese Ermäßigung wird den Konzert-Abonnenten auch bei allen anderen besonderen musikalischen Veranstaltungen dieses Jahres gewährt. Vorverkauf für Jahres- und Konzert-Abonnenten Samstag und Sonntag, allgemeiner Vorverkauf ab Montag.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“ (C 2). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Ein Mantel, ein Hut, ein Handschuh“ (D 1). — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Dreimäderlhaus“, neuinszeniert (B 1).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Nach Gabriel Borkman“, neuinszeniert. — Freitag, 8 Uhr: „Reizüberndes Fräulein“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Segel“, Erstaufführung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Ausgezeichnete Leistungen brachte ein Leichtathletenmeeting des norwegischen Arbeiterportvereines Kollo, das von dem hohen Stand der norwegischen Arbeiterleichtathletik Zeugnis gibt. Einige ausgezeichnete Ergebnisse waren: 60 Meter: Hansen 6,8, Röhre 7, Fredl 7,1 Sek.; 200 Meter: Hansen 21,8 (neue Bestleistung), Röhre 22,4, Thorsen 22,7, Fredl 22,8 Sek.; Hochsprung: Selgesen 1,80 Meter; Diskuswerfen: Erikson 44,16 Meter.

Internationales Sportfest in Riga. Genoffin Olga Liepin (Riga), die auch im Ausland sehr bekannt ist, konnte bei dieser Veranstaltung auf eine zehnjährige aktive Tätigkeit in der Leichtathletik zurückblicken. Aus Finnland nahm Genoffin Kaucha Rintamaki an den Wettkämpfen teil. Die wichtigsten Ergebnisse sind: Frauen: 60 Meter: 1. Rintamaki 8,7 Sek., 2. Liepin 8,7 Sek. (Brustweite zurück); 200 Meter: 1. Liepin 29,2, 2. Rintamaki 29,7 Sek.; Kugelschleichen: 1. Rintamaki 7,56, 2. Liepin 7,52 Meter; Weisprung: 1. Liepin 4,93, 2. Rintamaki 4,73 Meter. Bei den Männern stellte Braune drei neue Bestleistungen auf, und zwar: Weisprung: 6,57 Meter, Dreisprung: 12,60 Meter und Hochsprung ohne Anlauf: 1,85 Meter. Ein Bahnfahrer über einen Kilometer gewann Pors (die letzten 200 Meter wurden in 13,5 Sek. zurückgelegt).

Bürgerlicher Sport.

Amerika vor dem Vohloft der Berliner Olympiade. Der amerikanische Ausschuss für die Olympischen Spiele hat sich vor einigen Tagen in einer Sitzung mit dem zweiten Antrag des „Nächtlichen Komitees der Vereinigten Staaten“, die Teilnahme an der Berliner Olympiade 1936 abzulehnen, befaßt. Eine diesbezügliche Entscheidung wurde nicht getroffen, da man die Logik des Olympischen Komitès in Washington am 22. November abwarten will. Es beruht aber die Auffassung vor, daß man eher auf die Teilnahme an der Berliner Olympiade verzichten, als daß man die jüdischen Sporttreibe in Amerika verliere werde.

Den Niedergang des ungarischen Profifußballs zeigt am besten eine Budapest Meldung, die berichtet, daß bei dem Weltmeisterschaftsspiel Hungaria gegen Remsyti nur — 850 zahlende Zuschauer anwesend waren! Hungaria steht derzeit an — letzter Stelle!

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung sozial. Akademiker — S. A. II Prag, Freitag, den 20. Oktober 1933, pünktlich halb 8 Uhr abends, Prag I, Odborovy düm (Jugendheim) Generalversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Literatur

Die Pressegesetzgebung der Tschechoslowakischen Republik von Dr. Hans Singule. Nach vor etwa zehn Jahren war die ganze Materie des Presserechtes im wesentlichen durch das alte österreichische Pressegesetz und eine geringe Anzahl kleiner Nebengesetze geregelt und demnach für jeden, der darüber Bescheid wissen wollte, leicht zugänglich. Dieser Zustand hat sich aber in den letzten Jahren so wesentlich geändert, daß es heute für den nicht darauf Spezialisierten die große Schwierigkeit bietet, aus der Fülle der auf das Presserecht bezugnehmenden neuen Gesetze und Verordnungen die richtige Antwort auf die einschlägigen Fragen zu geben. Dabei enthalten aber die neuen Gesetze so wichtige Bestimmungen materieller und formaler Natur, daß ihre Unkenntnis sowohl dem verantwortlichen Redakteur als auch dem Verleger bedeutende materielle und moralische Nachteile bringen kann. Aber auch der dem Zeitungswesen fernstehende Laie wird öfter in die Lage kommen, sich für

Kinderfreunde Prag.

Freitag, den 20. Oktober, Elternabend, Beginn 8 Uhr. — Hotel „Monopol“. Aussprache über Herbstarbeit und Kinderlager. — Vorher im 1 1/2 Uhr Auschuhführung. Pünktlich kommen. Die Gruppenleitung.

derartige Vorschriften zu interessieren, wobei auf die Kapitel der Verichtigungen, des Ehrenschutzes und der erzwingbaren Verlautbarungen hingewiesen sei. Die Reichsgewerkschaft der deutschen Presse hat sich dabei sicher ein Verdienst erworben, als sie die Abfassung dieses kleinen Büchleins veranlaßte, das in ihrem Verlage erschienen ist (zu beziehen durch das Sekretariat, Prag II, Pstrossova 12, Preis 8 Kr.). Das Werkchen hat die Form eines Katechismus mit Fragen und Antworten, um den Belehrungslustenden der Rube zu entheben, ganze Abschnitte durchzulesen, bevor er die Antwort auf die ihm gerade beschäftigende Frage findet. Selbstverständlich sind die einschlägigen Gesetze zitiert und in verständlicher Form kommentiert. Zu dem von Dr. Hans Singule verfaßten Text kommt noch ein Anhang von Dr. Alexander Szana, betreffend die Pressegesetzgebung in der Slowakei und Karpathenrußland.

Hundehaltung und ihre Gefahren.

Es wurde schon des öfteren an viel zu wenig beachteten Zielen darauf hingewiesen, welche bedeutende Gefahren die in der Regel allzu innige Gemeinschaft von Hund und Mensch mit sich bringt. Infolge der heutigen allgemeinen Raumnot, die eine erzwungene ist, weil kein Mensch mehr, er sei denn reich, einen gesunden, großen Wohnraum zu bezahlen vermag — wobei daran zu denken ist, daß auch der Ärmste einen gesunden besonderen Raum für die Kinder zu beanspruchen hat, — ist die Gefahr der Hundehaltung gestiegen. Es hat sich herausgestellt, daß der vom Hund auf den Menschen durch Echinosklerose übertragene Hundewurm gar nicht so leicht im menschlichen Organismus absterbt, wie man annahm. Der vorgenannte Echinosklerose, der Hundewurm, ist der Erreger zahlloser, fürchterlicher Leber-, Nieren-, Gehirnkrankheiten. Es geschieht viel öfter, als man jenseits der Epitaphien weiß, daß eine der genannten Krankheiten vom Echinosklerose verursacht wurde. Im ersten Entwicklungsstadium durchläuft der Echinosklerose die Darmwand und gelangt mit dem Blute in Nieren, Leber, Lunge, Gehirn usw. Dort kann die blasenartige Wohnung des Hundewurmes bis zu Kinderfaustgröße, ja noch mehr, anwachsen. Viele Krankheiten, auch Gehirnkrankheiten, wurden von den den Leichnam studierenden Ärzten erst eben nach dem Tode erkannt, der, durch den Hundewurm verursacht, unter langen, entsetzlichen Qualen erfolgt. Die jollten Erwähnung und Kinder sich von Hunden lieblos, ledern usw. lassen. Wo Kinder sind, sollte man Hunde höchstens halten, wo man abgeforderte, warme, trockene Räume in Freien für sie hat, die, auf den engen Stubenraum in der kalten Jahreszeit angewiesen, ein bemitleidenswertes „Hundeleben“ führen, früh erkrankend und krank machend.

M. R. D.

deren Entwässerung schon unter der Herrschaft der Päpste im 18. Jahrhundert begonnen hatte, fallen in ihrer Gänze in die oben erwähnte Berechnung. Also ist es erlogen, daß die gesamte Trockenlegung der Zümpfe ein Verdienst und ein Werk Mussolinis sei, unter dessen System sogar nur ein winziger Bruchteil der diesbezüglichen Arbeiten ausgeführt wurde. Es heißt aber, Mussolini habe zwei neue Städte in der Pontinischen Ebene erbaut! Werden in anderen Ländern nicht neue Stadtviertel gebaut, ohne daß es jemandem einfallen würde, darin eine besondere Leistung der Regierung zu sehen? Diese Art mussolinischer Verdienste beruht nur auf Bluff, wodurch man das Ausland irreführen und dem Faschismus neue Ausdehnungsmöglichkeiten in andere Länder verschaffen will — wie ob die Ausdehnung ins Reich nicht vollkommen genügen würde!

Süßer verwünschten und Mussolini loben, heißt den wahren internationalen Charakter des Faschismus verkennen wollen und deshalb auch den Kampf gegen den Nationalsozialismus, der in Deutschland die selben Methoden anwendet, wie der Faschismus sie seinerzeit in Italien angewendet hat (es wurden dort über dreihunderttausend Menschen in vier Jahren ermordet), lahmlegen.

Sehr interessant dürfte es auch sein, zu erfahren, daß die Spesen der vom Faschismus vollbrachten öffentlichen Arbeiten nur zum geringsten Teil mit dem Ertrag der Steuern gedeckt wurden. Man hat siebenprozentige Schapanweisungen zu diesem Zwecke herausgegeben, die erst nach fünf Jahren fällig werden und die an den Börsen nicht verkauft werden dürfen. Im Oktober 1932 betragen sie schon eine Staatsschuld von 77,7 Milliarden Lire (etwa hundertzwanzigdreihundert Millionen Kronen!). Diese Schapanweisungen werden als Zahlungsmittel gegenüber dem Bauunternehmer, Bauleferanten und Arbeiter angewendet!

faschistische System bejahen, betrachtet, sonst aber wie alle anderen Marxisten, Republikaner oder Liberalen um die Ecke gebracht, eingeferkelt oder verbannt. Heute hat das faschistische Italien einen (Juden) zum Finanzminister und auch mehrere Juden in der faschistischen Parteiliste, darunter einen Major Levi aus Turin, dem der Schreiber dieser Zeilen seine Deportation zu verdanken gehabt hätte, wenn er nicht im letzten Augenblick ins Ausland geflüchtet wäre.

Und wie steht es mit den berühmten öffentlichen Arbeiten des Faschismus?

Eine jede Regierung empfindet es als Pflicht, über die nicht weiter geredet wird, Straßen, Brücken und andere Arbeiten allgemeinen Nutzens auszuführen; Steuern werden ja nicht nur für Zwecke der militärischen Ausrüstung und des persönlichen Wohagens der Regierenden bezahlt. In Italien wird aus dieser selbstverständlichen Pflicht ein Sonderverdienst, ein Beweis der „Großmut des Duce“ gemacht; es wird keine Straße, keine Brücke, kein Gebäude oder Denkmal erbaut, ohne daß gleich die übertriebensten Lobpreisungen Mussolinis in der aus Rom geleiteten, also „gleichgeschalteten“ Presse erfolgen! Der Italiener zahlt im Durchschnitt sechzig Prozent seines Einkommens aus Steuern; dazu kommen noch allerhand andere „freiwillige Spenden“ zugunsten der faschistischen Partei. Dafür hat Mussolini einige Autostraßen gebaut, die nur für Privatkraftwagen bestimmt sind, also keinem Nutzen für die Allgemeinheit entsprechen. Es wurden einige Brücken errichtet, darunter jene, die Venedig mit dem Festland verbindet und die parallel mit der von demokratischen Regierungen gebauten Bahnbrücke läuft und deshalb kein „alleinstehendes Wunder der Baukunst“ darstellt. Mussolini erbaut auch mehrere Denkmäler, darunter zwei für sich selbst, einige Bahnhöfe und Amtsgebäude, ließ auch ein paar neue Bahnstrecken anlegen. Ueber den Nutzen dieser letzten wäre manches zu sagen. Eine Straße, z. B. ver-

bindet die kleine Provinzstadt Forli mit dem Geburtsort Mussolinis, mit Predoppio, einem kleinen Dorf in den Bergen, wo überhaupt keine Fremden verkehren und nicht einmal der italienische Regierungschef selbst seinen Sommeraufenthalt hat. Bologna war mit Florenz schon in der vorfaschistischen Zeit durch zwei Bahntrecken verbunden, die eine über Faenza, die andere über Veretta; Mussolini ließ eine dritte Strecke bauen, die eine Unmenge Millionen verschlang! Das selbe gilt für die neue Bahnstrecke Rom—Neapel, die fast parallel mit der schon bestehenden läuft. Die Bahnhauptstrecke Bari—Rom dagegen, deren Notwendigkeit für den süditalienischen Verkehr empfunden wird und einen Verfall des faschistischen Regierungsprogramms bildete, ist bis heute nur ein frommer Wunsch geblieben! Der Fremdenverkehr reicht ja nicht bis Bari, darum entfällt der Hauptgrund der faschistischen Bautätigkeit; auf das Ausland Eindrud auszuüben! Für andere öffentliche Arbeiten, wie z. B. die großartige Wasserleitung von Aquino, die in vorfaschistischer Zeit vollendet wurde (Oktober 1922), deren Einweihung aber gleich nach faschistischer Regierungsübernahme erfolgte (Jänner 1923), wie auch für die von den alten Römern vor zweitausend Jahren gebaute Herestraße „via Emilia“, die Nord- mit Süditalien über Bologna—Nimini verbindet, hat Mussolini durch seine Presse die Legende erdichtet, der Faschismus habe diese Werke geschaffen! Und dies gilt auch für die berühmte „integrale Trockenlegung der Zümpfe“.

Im Jahre 1879 bestand das italienische Zumpfland aus 1,741,000 Hektar, von denen die vorfaschistischen demokratischen Regierungen und die freien Gewerkschaften bis zum Oktober 1922 1,460,484 Hektar trocken gelegt hatten. Dem Faschismus blieb deshalb nur ein Gelände von 280,516 Hektar trocken zulegen, wovon er in elf Jahren allein 120,000 Hektar trocken legte! Die Pontinischen Zümpfe,

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strank, Prag. — Druck: „Rota“ K. G. für Zeitung und Buchdruck. — Für den Druck verantwortlich: Otto Polst, Prag. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Volkshilfsaktion K. G. 1933. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Volkshilfsaktion K. G. 1933. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Volkshilfsaktion K. G. 1933.